



## Zur Glaubens- und Gewissensfreiheit in Preußen.

Je mehr wir zu allen Seiten bereit sind, für das gute Recht und für die Ehre des preußischen Staates, wenn auch nicht immer gleich mit „Gut und Blut“, so doch mit unserer besten Geisteskräft einzutreten: desto entschiedener verachten wir alle die Phrasen, mit denen man hier und da noch den Glanz unseres Vaterlandes besonders herauszustellen bemüht ist, und wir haben schon manchmal im Stillen geäußert, wenn man dasselbe auch namentlich als das Land der vollendeten Religionsfreiheit zu preisen bemüht war. Nun ja, es ist wahr, daß wir vor Österreich, etlichen Theilen Süddeutschlands und ähnlichen Stützpunkten einer systematischen Verfinsternisfahrt ein gutes Stück schon voraus sind; es ist wahr, daß man bei uns keine Judenhezzen mehr in Scene setzt und daß man den Bekennern des Mosaikismus vielmehr manche Concessions, sogar was die Befähigung zum Staatsdienste anlangt, schon gemacht hat. Auf gleiche Weise verkennt wir nicht, daß es für die Bürgermeister in unseren kleineren Städten seit Bethmann-Hollwegs Erklärungen keine lobende Aufgabe mehr ist, an der harmlosesten Mitgliedern der freien Gemeinden durch die maschinenartigen Bexaktionen zum Ritter zu werden. Ja wohl, es ist endlich auch darin schon besser geworden.

Aber man sage nur nicht, daß wir deswegen schon wirkliche Religionsfreiheit hätten. Wo man dergleichen behauptet, da vergesse man nicht, daß vor dem Widerstande desselben Herrenhauses, welches die Gegner der Armeereorganisation bei jeder Gelegenheit darauf hinwies, daß diese ja doch „Sr. Majestät allereigenstes Werk“ sei, die Einführung der Civil-Ehe zur vollen Unmöglichkeit wurde, obwohl eben diese der damalige Prinz-Regent mit nicht minderem Nachdruck als „seinen persönlichen Wunsch“ zu empfehlen für Pflicht hielt, und ebenda mache man endlich sich klar, welche Folgen es notwendig hat, wenn man mit der Ausführung des Art. 19 der Verfassung dermaßen im Rückstande bleibt, wie es bis heute noch unlängst der Fall ist.

So lange nämlich das in diesem Artikel bedingte Gesetz über Civil-Ehe nichts mehr als ein stummer Wunsch ist, so lange wird auch in Preußen der Fall gar nicht selten vorkommen, daß römisch-katholische Bräute, die sonst ihrer Kirche gern treu bleiben möchten, sich dennoch zum Austritt aus dieser entschließen, nur damit sie dem Manne ihrer Wahl, wenn er zufällig zur freien Gemeinde gehört, in gerichtlicher Form ihre Hand reichen können. So lange Artikel 19 der Verfassung nicht ausgeführt ist, so lange wird es auch ferner geschehen, daß Töchter der freien Gemeinden, obwohl sie an einen Wechsel der innersten Überzeugung auch nicht unfernen denken, sich dennoch bewogen seien, den Religionsunterricht eines evangelischen Geistlichen und die Ertheilung des heiligen Abendmahl in der Form dieser Kirche sich selbst zu erbitten, nur weil sie auf diesem Wege allein mit einem Manne, der seinen gerichtlichen Austritt aus der evangelischen Kirche aus dem oder seinem Grunde durchaus nicht vollziehen kann, in ein ethisches Verhältnis zu treten vermögen. So lange Artikel 19 der Verfassung also mit einem Worte nur auf dem Papier steht, so lange wird es und muß es sich notwendig zeigen, daß in demselben Preußen, in welchem eine Ehe zwischen Juden und Christen tatsächlich nichts Seltenes ist, eine Ehe zwischen Christen und Christen, beispielweise zwischen Mitgliedern der freien Gemeinden und Mitgliedern der katholischen oder der evangelischen Kirche, eine reine Unmöglichkeit ist und daß sich demnach solche Fälle wie die erwähnten von Jahr zu Jahr nur wiederholen, — Fälle, von deren verderblicher Wirkung auf die öffentliche Moral jeder Unbefangene ungweifhaft längst überzeugt ist.

Gewiß, wir erwähnen dies Alles hier nur mit dem bittersten Schmerze, — und wenn wir bestreiten, daß Preußen sich schon im Besitz einer wirklichen Religionsfreiheit befindet, so thun wir dies nicht mit dem Wunsche, den Staat, dessen Aufblühen uns selbst nur die innigste Freude gewährt, in den Augen seiner vielfachen Feinde und Feinde herunterzusezen; wir thun's vielmehr nur, weil wir sicher erwarten, daß endlich das Abgeordnetenhaus seine Pflicht auch in diesem Punkte erfüllen und daß es so lange nicht ruhen werde, bis unsere Verfassung auch in diesem Punkte zur Ausführung gebracht ist und bis unser Staat sich durch reelle Einlösung aller gegebenen Verheißenungen auch von dem Matel, den wir soeben berührt haben, gänzlich befreit hat.

Indeß, — wir gestehen sehr gern, daß wir die Anregung zur wieder erneuerten Aussprache dieses Vertrauens von eben der Stelle empfingen, auf welche wir vorzugsweise hieb i unsre Hoffnungen setzen, und es gereicht uns zu keiner geringen Befriedigung, unseren Lesern eröffnen zu dürfen, daß, wie der vierte Bericht, den die Petitionscommission in unserem Abgeordnetenhaus erstattet hat, deutlich bezeugt, schon ein namhafter Fortschritt zur Besserung dieser für uns in der That unerträglich gewordenen Zustände geschehen ist. Die genannte Commission hat nämlich mit 14 gegen 2 Stimmen beschlossen, daß eine darauf bezügliche Petition, die des Particulier Knappa in Rawitsch, der königlichen Staatsregierung zur Abhilfe zu überweisen sein möchte.

Bei der Wichtigkeit, welche der Gegenstand an sich selbst hat, glauben wir ebendaselbst unseren Lesern nicht lästig zu werden, wenn wir das Wesentlichste aus jenem Bericht hier mittheilen, obwohl wir sie dabei zum größeren Theile wohl nur an Bekanntes erinnern.

Schon im Anfange des vorigen Jahres nämlich gelangten durch uns unter der Überschrift „Eine Lücke in der Gesetzgebung“ einige Actenstücke zur Veröffentlichung, aus denen hervorging, daß der damals in Breslau, jetzt aber in Rawitsch domicilirende Particulier E. W. Knappa, welcher zur freien christlichen Gemeinde in Stettin gehört, von dem Pfarrer seiner zur evangelischen Kirche gehörigen Braut, sowie von dem Stadt-Constituum in Breslau, an welche er sich beabsichtigt zur Hochzeit zu wenden, abgesagtlich beschieden worden war und zwar unter Bezugnahme auf die Circular-Befragung des evangelischen Ober-Kirchenrates vom 21. Februar 1860, weil er sich eben so wenig zum Ausscheiden aus seiner Religionsgemeinde zu entschließen vermöchte, als seine Braut zu dem Austritte aus der evangelischen Kirche. Derselbe hatte sich, wie aus jenen Actenstücken ferner hervorging, hierauf an das Cultusministerium beschwerend gewendet und war in Folge dessen vom Ober-Kirchenrat am 22. November 1866 dahin beschieden worden, daß die auf sein Trauungsgebet erfolgte abschlägliche Bescheidung des Breslauer Stadt-Constitutums vollkommen gerechtfertigt sei; nicht minder aber war er auf seine Beschwerde an das Staatsministerium vom 11. Dez. 1865 vom Ober-Kirchenrathe unter dem 19. Dez. 1865 nochmals abweisend beschieden worden. Nachdem sich nun der Genannte über diese Trauungsverweigerung seitens der geistlichen Behörde der evangelischen Kirche unter dem 3. Februar 1866 bei dem Hause der Abgeordneten beschwert hatte, ersehen wir zu unserer

Freude aus dem erwähnten Berichte der Petitions-Commission, daß die letztere den Hauptpunkt der ganzen hierbei in Betracht kommenden Frage ganz richtig erfaßt hat. Dieselbe bemerkt nämlich: „Konnte der ic. Knappe einerseits eine gütige Ehe vor dem Richter nicht schließen, weil seine Braut nicht aus der evangelischen Kirche ausgeschieden ist und verweigerte andererseits die oberste Behörde der evangelischen Kirche die kirchliche Trauung, durch welche die Ehe allein eine „vollgütige“ wird, so wie hier offenbar vor einer Lücke in der Gesetzgebung, deren Ausfüllung mit dringender Nothwendigkeit geboten ist. Denn es ist die moralische und die Rechtsbyßlichkeit des Staates, daß wir zu sorgen, daß seine Bürger im Stande sind, eine rechtlich vollgültige Ehe schließen zu können, wenn sie alle dazu erforderlichen rechtlichen Bedingungen zu erfüllen im Stande und bereit sind.“

Dass sich der in d'r Commission anwesende Regierungs-Commissar, der die Beschwerde des Petenten für unbegründet erklärt, mit der Aufstellung dieses Grundfages nicht einverstanden gezeigt hat, befremdet uns wenig; behauptete derselbe doch unter Anderem, daß der vorliegende Fall eines Ehehindernisses der erste der Art sei und daß deshalb kein Bedürfnis zur Abänderung der Gesetzgebung vorliege, während demselben

einen Blick in die Aten des Staats- und des Cultusministeriums über die Angelegenheiten der freitadeligen Gemeinden das Gegenteil ganz unzweifelhaft dargehten haben würde. Freuen wir uns aber ebendaselbst um so mehr, daß die Commission, die auch schon diesen Fall für genügend erachtete, um die Verpflichtung zur Abänderung und Abhilfe durch die Gesetzgebung zu documentiren, mit ganz richtigem Blicke und durch keinerlei Berufung auf das Patent vom 30. März 1847, welches sich eben hierin als durchaus ungünstig erwies, in der Stellung der Frage beirrt, auch den einzigen Weg, der uns aus dieser Verwirrung herausführen kann — nämlich ein Gesetz über Civil-Ehe — in Aussicht genommen hat. Leider ging freilich der Antrag des Petenten nicht dahin; sonst würde — wir sind davon fest überzeugt — schon die Commission selbst diesen Weg auch betreten und würde, wie auch aus ihrer eigenen Mitte schon der Antrag gestellt war, dem von ihr beschlossenen Antrage auf Überweisung zur Abhilfe auch noch die Aufforderung hinzugefügt haben, das im Artikel 19 der Verfassung bedingte Gesetz über Civil-Ehe in der nächsten Session vorzulegen. — Vielleicht daß tr. p. dem die nächste Session diejenigen Anträge bereits zu den wichtigsten zählt, die ihr vorgelegt werden. So lange demselben nicht Folge gegeben ist, sieht es, so glauben wir unsererseits hier erwiesen zu haben, — mit der Religionsfreiheit ein preußischen Staates gewiß nicht erfreulich aus. Wer aber dem abschlägt, der sorgt, wie wir fest überzeugt sind, wohl nur für die wirkliche Ehe desjenigen Staates, der nur groß werden kann in dem Geiste eines Friedrich des Großen.

## Breslau, 5. Februar.

Noch vor Thoreszuschluß, will sagen: vor dem Wahltage hat Gr. Bismarck schleunigst und eifrigst dafür Sorge getragen, daß ja Niemand auf den Gedanken komme, ihn zur liberalen Partei zu rechnen. Wie steht es denn nun mit der „bedingungslosen Unterstützung der deutschen Politik des Ministeriums?“ Einiges Redefreiheit und die wahrheitsgetreue Darstellung dessen, was im deutschen Parlamente gesprochen wird, gehört, sollten wir meinen, auch zur „deutschen Politik“. Will man die Ansicht unterstützen, daß dem deutschen Parlamente weniger Rechte einzuräumen seien, wie dem preußischen Abgeordneten-Hause? In der That, wir sind dem Herrn Gr. Bismarck dankbar, daß er noch vor dem Wahltage der Vertrauen-Seligkeit, die uns in einem Theile der liberalen Partei bereits zu weit zu geben schien, ein Ende macht; wenn je, so wird man wohl jetzt zu der Einsicht kommen, daß es nicht genügt, überhaupt blos liberale Männer zu wählen; sondern daß, wie wir schon früher behauptet haben, es darauf ankomme, Männer von festem und entschiedenem Charakter zu wählen, die uns dafür Garantie leisten, daß sie bei aller Unterstützung der deutschen Politik doch auch die Fahne der Freiheit hoch halten und jedem Versuche, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes durch den Hinweis auf die Einheit zu beschränken, kräftige Opposition machen. Mit dem bekannten Grundsatz: „durch Dick und Dünn“ können wir dahin gelangen, daß wir unsere ganze schwer errungene Freiheit zu Grabe tragen.

Die plötzliche, Freund und Feind unerwartet gekommene Opposition des Ministeriums gegen die Straflosigkeit der wahrheitsgetreuen Parlamentsberichte muß ihre eigenhändlichen Gründe haben. Daß in einem sächsischen Wahlkreise Dr. Frese als Wahlkandidat genannt worden ist — sollte denn dieser Umstand wirklich einen so außerordentlichen Eindruck auf das Ministerium gemacht haben? Das hieße denn doch diesem Manne zu viel Ehre anthun, obwohl eine Neuherierung des Herrn Ministerpräsidenten beinahe so etwas andeutet. Bei dem allgemeinen directen Stimmrecht muß man sich auf derartige Erscheinungen gefaßt machen, wie denn überhaupt die Resultate alle Parteien überraschen werden. Eigenthümlich ist das Verhalten des Herrenhauses bei diesem den Schutz wahrheitsgetreuer Berichte betreffenden Gesetzes. Die Commission empfiehlt die Genehmigung des Gesetzes. In den seltensten Fällen faßt das Haus einen anderen Beschuß als die Commission; auch hier war also die Zustimmung des Herrenhauses zu erwarten, zumal das Ministerium sich weder im Abgeordneten-Hause noch in der Commission des Herrenhauses gegen das Gesetz ausgesprochen hatte. Kaum aber hat der Ministerpräsident sich dagegen erklärt, so erfolgt Widerspruch auf Widerspruch; selbst der Vorsitzende der das Gesetz empfehlenden Commission meint nun mehr ebenfalls gegen das Gesetz stimmen zu müssen. Der ganze Vorgang bedarf keiner Kritik. Uebrigens verweisen wir noch auf unsere unten folgende Berliner P-Private-Correspondenz.

In Österreich ist der Rücktritt Belcredi's Thathache (s. unter Abendp.) Uebrigens hat er durch die Landtage sein Ziel erreicht, das nichts Anderes war als: Reconstruierung Österreichs auf slavischer Grundlage und Zurückdrängen des deutschen Elements. Die Deutschen haben zwar, wie unser Wiener \*\*-Correspondent auseinanderstellt (s. unter „Österreich“), einige Abgeordnete in einzelnen Landtagen verloren, aber im Allgemeinen doch durch Festigkeit und bürgerlichen Muth den Beweis geführt, daß sie nicht gesonnen sind, ihre Rechte ohne Weiteres zu opfern.

Wie der Telegraph bereits gemeldet hat, haben sich fast sämtliche Bureau der italienischen Deputirtenkammer gegen den Scialoja'schen Gesetzentwurf über den Verkauf der Kirchengüter erklärt und die Langrand'schen Vereinbarungen dürften demnach kaum noch durchgeführt werden. Zugleich wird das Vorhandensein einer Ministerkrise beharrlich in Abrede gestellt und die „Opinion“ namentlich ist vielmehr überzeugt, daß das Ministerium vor der öffentlichen Discussion des Gesetzentwurfs keinen Beschuß fassen werde. Dann freilich wird sich die Frage: ob Rücktritt des Ministeriums oder Auf-

lösung der Kammer? entscheiden müssen. Dem Gerichte, daß die letztere schon jetzt dem Könige vorgeschlagen worden sei, wird von der „Nazione“ noch widersprochen. Wie man in Paris wissen will, ist Riccioli ernstlich entlassen, an die Durchsetzung der Finanzvorschläge Scialoja's sein Verbleiben im Amte zu knüpfen; bei einem Cabinetswechsel aber hätten Rattazzi und Caldini nebst mehreren Mitgliedern der Actionspartei die alleinige Aussicht, ein Ministerium zu bilden. Es ist natürlich, daß diese Nachrichten in Paris einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht haben. Was die bereits erwähnten Excesse in Turin betrifft, so bestätigt es sich, daß an einen wirklichen Arbeiterauffall dabei nicht zu denken war, obgleich es allerdings aufwändig ist, daß gleichzeitig auch in Modena unruhige Auftretne stattfanden.

In Frankreich erwartet man, wie wenigstens die „Indépendance“ wissen will, noch weitere Zugeständnisse im freiheitlichen Sinne, namentlich zu Gunsten der Presse. Diese Mitteilung des gedachten Blattes stimmt auch mit den übrigen Pariser Nachrichten (siehe „Paris“); ob aber dasselbe auch Recht hat, wenn es andeutet, daß als Motiv dieser Zugeständnisse man den Wunsch des Kaisers betrachte, sich auf die liberale öffentliche Meinung stützen zu können, wenn die orientalische oder die deutsche (?) Frage zu einer europäischen Krisis führen sollte, möchte wir noch bezeichnen. Uebrigens beschäftigen sich die französischen Blätter mit den deutschen Verhältnissen allerdings sehr lebhaft. Bemerkenswert ist vor Allem eine Studie über die jetzt zu lösenden militärischen Aufgaben in der „Revue des Deux Mondes“. Ueber die sich vorbereitende Einheit Deutschlands sagt der Verfasser: „Die Umgestaltung Deutschlands ist vielleicht mehr das Werk der Politik wie das der Armeen. Die Vorbereitungen dazu datieren schon seit 60 Jahren. Seit 1807 bemerkte das durch einen Erbauer niedergeworfene und gedemütigte Deutschland, daß die Zersplitterung seiner Kräfte die Ursache des gemeinsamen Unglücks sei und daß nur in der Einheit die Rettung liege.“ Die „France“ rechnet aus, daß Bayern, Württemberg, Baden und Hessen 275,000 Mann auf die Weine bringen könnten, also recht wohl eine unabhängige Stellung (d. h. ein Rheinbündchen) sich zu begründen, „den Mut haben durften“; indem der Fürst Hohenlohe wolle nun einmal die Union mit Preußen und in Karlsruhe verfolge nach dieselbe Richtung; zu einer Militär-Convention sei es jedoch noch nicht gekommen; man halte es für zeitgemäßer, noch zu labiren und einstweilen die Heeres-Umgestaltung zu betreiben, die Hohenlohe dann „zu Preußen Verfügung stellen wolle“.

In welcher Weise die „Opinion nationale“ die Vorfälle hinsichtlich der in Frankreich noch vorhandenen Rheingüter zu zerstreuen sucht, ersehen unsere Leiter aus den unter „Paris“ gemachten ausführlicheren Mitteilungen. Charakteristischer freilich ist es, wenn das „Memorial diplomatique“ die von Preußen im Prager Frieden angenommene Volksabstimmung in Nordschleswig wieder zur Sprache bringt und sich über die Vernachlässigung des diplomatischen Anstandes von Seiten des Berliner Cabinets wundert. Das „Memorial“ ist dabei höchst genug, es ganz in der Ordnung zu finden, wenn die französische Regierung schon von Herrn v. Bismarck darüber Auskündigung verlangt hätte. Indes ist es auch ehrlich genug, Preußen noch eine Frist zu gestatten, indem es hinzufügt: „Allein wir haben Grund zu glauben, daß der Tuilerienhof aus geschickt berechneter Zurückhaltung sich jedes ferneren Schrittes dieser Art so lange zu enthalten beschlossen hat, bis das demnächst in Berlin zusammentrenden deutsche Nationalparlament über die Unterwerfung der Herzogthümer und die Annexion der übrigen eroberten Provinzen sich ausgesprochen haben wird.“

Das englische Cabinet soll jetzt in Folge zweier in voriger Woche bei Lord Derby gehaltenen Berathungen sich endlich entschlossen haben, im Laufe der nächsten Session dem Parlamente eine Reformbill vorzulegen. In den englischen Blättern ist sehr begreiflicher Weise vorzüglich von Herrn Bright die Rede. Die „Times“ spricht mit Bezug auf die neueste (bereits mitgebrachte) Rede desselben ihre Bewunderung besonders darüber aus, daß Mr. Bright nach seinen Angriffen auf die Institutionen, auf welche England mit Recht stolz sei, es für möglich hält, den Vorwurf antinationaler Gesinnungen von sich abzuwehren, und sie bezeugt Herrn Bright ihr Beileid darüber, daß er für seine Bitterkeiten so vielen Beifall gefunden habe. Die „Post“ findet, daß Mr. Bright eine radikale Parlamentsreform wolle. „Das reformierte Haus der Gemeinen“, sagt sie, „soll die Verfassung umgestalten, nicht unmittelbar vielleicht, aber vorerst dadurch, daß es Maßregeln annimmt, die es in Conflict mit dem Hause der Lords und der Krone bringen werden; und von diesem Ausgangspunkte könnte es dann weiter vorgehen, um eine revolutionäre und feindliche Stellung einzunehmen.“

Dass Herr Bright in der That so hochstiegende Pläne verfolge, wie sie die „Post“ ihm hier beilegt, möchten Wenige glauben. Der „Herald“ freilich findet, daß England rettungslos verloren sei, wenn Herr Bright Recht habe. Der „Daily Telegraph“ dagegen preist den politischen Charakter Mr. Brights, seinen moralischen Muth und sein aufrichtig patriotisches Streben, ohne zu klagen, daß manche seiner Anhänger und Bestrebungen zu weit gehen mögen. Hoffentlich werde es nie mehr nötig sein, ihn gegen verächtliche Angriffe in Schutz zu nehmen. Am unbestrittenen spricht sich die „Wall Mall Gazette“ aus, indem sie zu den Angriffen Brights auf die Unfruchtbarkeit des Parlaments die Bemerkung macht:

„Es ist viel Wahres darin; nur legen wir es anders aus. Mr. Bright glaubt, das Parlament könne gewisse Veränderungen nicht vornehmen, weil es die Schöpfung besonderer Klassen sei und nicht die große Masse des Volkes vertrete. Wir glauben, daß es diese Dinge nicht thun kann und wird, weil die Nation als Ganzes — die Majorität der einflussreichen, nicht blos vertretenen Klassen — noch nicht bereit ist, sie zu wünschen, weil mit einem Worte das Haus die Bigotterie, die Langsamkeit, die unvollständige Ausklärung, die Vorurtheile und Durchsamkeiten des Landes nur zu getreu abspiegelt.“

## Deutschland.

In Berlin, 4. Februar. [Das Votum des Herrenhauses über die Berichterstattung aus dem norddeutschen Parlament.] Die heutige Sitzung des Herrenhauses darf als eine der merkwürdigsten Vorgänge dieser bedeutungsvollen Landtagssession angesehen werden. Niemand ahnte auch nur in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit eines Widerspruchs der Regierung gegen das im Abgeordneten-Hause einstimmig angenommene Gesetz wegen Ausdehnung des § 38 des Preßgesetzes (Schutz wahrheitsgetreuer Berichte über Landtagsverhandlungen durch die Presse) auf die Verhandlungen des Parlaments des norddeutschen Bundes. Die Regierung war weder in der Commission noch im Plenum des Abgeordneten-Hauses vertreten. Hier sprach der Abg. v. Vincke (Hagen) auf die Selbstverständlichkeit der Annahme des Gesetzes seitens der Regierung: „Qui lacuit, cum loqui potuit et debuit, consente videtur“ rief er aus. Die Commission des Herrenhauses schien diese Ansicht zu teilen und beantragte gegen 2 Stimmen Annahme eines Gesetzes, welches eigentlich in das Wahl-

gesetz so gut wie die Rechtsfreiheit hätte hineingebracht werden müssen. Graf Brühl, der Rücktrittsmann par excellence schien ein wenig bedeutamer Gegner, da — erhebt sich der Ministerpräsident, um seinerseits das Gesetz zu bekämpfen und — nur 10 Mann erhoben sich bei der Abstimmung dafür!! Somit ist also jeder noch so wahrheitsgetreue Bericht über die Parlamentsverhandlungen vogelfrei, was darf nun mehr mitgeteilt werden — was nicht? Der Auslegungs- und Wiedergutachtens-Biehaherei ist da Thür und Thor geöffnet, und wie war es mit den stenographischen Berichten? Ihre Verbreitung über die Kreise der Parlamentsmitglieder hinaus bleibt immerhin gewagt und so wird denn wohl die ausländische Presse vollständigere Berichte über die Parlamentsverhandlungen geben können, als es der inländischen möglich sein wird. In diesem Augenblick darf man diese Wendung der Frage um so mehr bedauern, als die Wogen der Wahlbewegung hier ohnehin schon hoch genug gehen und den auf positivem Boden stehenden Elementen zum Kampfe gegen radikale Elemente ein neues schwer zu bestiegendes Hindernis entgegnetriffen. In der Stadt verbreitete sich das Gerücht von dem Vorgange wie ein Lauffeu und rief auf der einen Seite Niedergeschlagenheit auf der anderen Schadenfreude hervor. Es ist gerade noch Zeit genug, die Wirkungen schon in den Wahlversammlungen der nächsten Tage erleben zu können. Daß das Abgeordnetenhaus den Beschlüssen des Herrenhauses über die Eisenbahn-Anleihe von 24 Millionen Thalern nicht beitritt und auch diese Angelegenheit nicht zum Ausirat kommt, scheint fast gewiß, obgleich ein großer Theil der liberalen Abgeordneten die Hinreise bereits angetreten hat.

**Berlin**, 4. Febr. [Die Vertagung der Publication des Verfassungsentwurfs. — Die Motive der Regierung. — Die tactischen Wahlmanöver der Feudalen.] Immer nachhaltiger wird in der Presse und in Wahlversammlungen die Forderung geltend gemacht, den Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes, wie er zwischen unserer Regierung und den Bevollmächtigten der übrigen Regierungen in den Bundes-Conferenzen vereinbart wird, noch vor Beginn der Wahlen zu veröffentlichen. Bisher hat man sich allerdings dieser jedenfalls loyalen Forderung dadurch entzogen, daß behauptet wurde, der Verfassungsentwurf befände sich unter der Verathung der Conferenzen, und weil nicht abgesehen werden könne, welche Veränderungen derselbe erleiden dürfte, so habe ein diesfälliger Beschluß der Conferenz die offizielle Publication des Verfassungsentwurfs bis zum Conferenzschluß vertagt.

**Coblenz**, 2. Februar. [Die Kinderpest.] Zur Berichtigung der in ausländischen Blättern verbreiteten Ansicht, daß in der Rheinprovinz die Kinderpest herrsche, sind wir auf amtlichem Wege in den Stand gesetzt, mittheilen zu können, daß seit Mitte Dezember v. J., um welche Zeit der erste Seuchefall in der hiesigen Provinz vorgekommen ist, die Kinderpest nur in sechs vereinzelten Fällen, und zwar in den vier Gemeinden Hossum und Bimmen, im Kreise Cleve, Hüthum im Kreise Krees und Hinsbeck im Kreise Geldern ausgebreitet ist. Durch sofortige Tötung sowohl des erkrankten Viehs, als auch des noch gesunden, welches mit jenem in demselben Stalle oder in einem angrenzenden Stalle gestanden, sowie durch strenge Absperrungs- und Desinfections-Maßregeln ist die Seuche jedesmal auf den inscirtten Stall beschränkt worden. Ueberhaupt darf man wohl die Hoffnung beginnen, daß es gelingen werde, einem Graffien der Seuche vorzubeugen, wenn auch bei deren großer Verbreitung in Holland und bei den ungentigenden Maßregeln der niederländischen Regierung einzelne Fälle trotz der strengen Grenzperre, zu deren Ausführung allein im Regierungsbezirke Düsseldorf 11 Compagnies Infanterie und 113 Mann Cavallerie verwendet werden, immerhin wieder vorkommen können. Seitens der begeisterten Bevölkerung der hiesigen Provinz finden die Anordnungen der Behörden die willkommene Unterstützung, wozu jedenfalls beiträgt, daß für alles auf obrigkeitliche Anordnung geforderte, bereits erkrankte Vieh ein Drittel des Taxwerthes und für das gesunde Vieh der volle Taxwerth aus Staatsmitteln gezahlt wird. Bis jetzt sind in der Rheinprovinz 109 Stück Vieh auf obrigkeitliche Anordnung unter Gewährung der angeführten Entschädigung gefüttert worden.

**Dresden**, 3. Febr. [Festlichkeiten.] Am 6. d. M. findet bei der Gräfin Hohenau, Gemahlin des Prinzen Albrecht, eine Festlichkeit statt, zu der Einladungen an viele preußische und sächsische Offiziere ergangen sind. Bei dem letzten Hofball, dem zweiten in dieser Saison, war die Hälfte des preußischen Offiziercorps zugegen; die andere Hälfte hatte am ersten Theil genommen. In der höhern sächsischen Aristocratie äußern die Ereignisse des vorigen Jahres einen erheblichen Einfluß auf die Geschäftslustigkeit der Saison. Dagegen macht sich ein sehr lebhafter Verkehr zwischen preußischen Offizieren und hier wohnhaften amerikanischen Familien von Distinction hier bemerkbar. Die legtren legen durch ihr Entgegenkommen eine unverkennbare Sympathie für die ersten an den Tag.

**Frankfurt a. M.**, 3. Februar. [Forderungen der Stadt an die Bundes-Liquidationscommission.] Am 2. November v. J. hat die Stadt Frankfurt durch den preußischen Landrat bei der Bundes-Liquidationscommission eine Denkschrift überreichen lassen, worin die von der Stadt „im Interesse des deutschen Bundes“ gemachten Leistungen und Aufwendungen des Naheren specificirt sind. Es werden darin folgende Forderungen ausgeführt: I. Liquido gestellte Leistungen an die hier stationirten Truppen des mobilen Corps vom 18. September 1848 bis 20. Februar 1850; noch liquider Rest von 147,613 fl. II. Noch nicht vollständig als liquide anerkannte Leistungen (Rosten) in Folge der Unruhen im September 1848, des Aufzugs des Frankfurter Battalions nach Schleswig-Holstein und Baden, zur Unterbringung und Versiegung des mobilen Corps u. 799,255 Gulden. III. Mehrosten der Stadt für Kaserne und Versiegung der Bundesgarisonen (von 1851—1853) 260,810 Gulden; zusammen 1,207,679 fl. Die Denkschrift behält außerdem eine nähere Begründung, resp. Specialisierung weiterer Forderungen vor, welche zum Theil aus den früheren Beziehungsverhältnissen der Stadt abgeleitet, zum Theil aus den kriegerischen Bewegungen des letzten Sommers (Versiegung und Requisitionen für die Bundes-truppen) entspringen sind. Die Liquidationscommission hat sich in ihrer Sitzung vom 23. Januar in Betreff dieses Gegenstandes dahin ausgesprochen: es sei bei dem resp. Regierungen der Antrag zu stellen, sämtliche Forderungen als unbegründet zurückzuweisen. Aus der eingehenden Begründung dieses Antrags heben wir nur hervor, daß die Bundesversammlung die Liquidationsansprüche aus den Jahren 1848/49 in einem Gesamtbetrage von etwa 160 Millionen Gulden gänzlich hat ruhen lassen, und daß es geradezu unzählig erscheinen würde, einen vereinzelten Anspruch herauszunehmen und abgefondert von den auf gleicher Grundlage beruhenden Forderungen der übrigen Regierungen speciell zum Ausdruck zu bringen. Dazu würde auch eine Prüfung aller dieser fälligen Liquidationen nach ihrer rechnungsmäßigen Begründung und nach der rechtlichen Zahlungsfähigkeit stattfinden müssen, zu welcher ersteren die Liquidationscommission nach Verlauf eines so langen Zeitraums jetzt nicht in der Lage sein und zu welch letzterer ihr die Kompetenz fehlen würde.

**Königl. Ober-Präsidium für Schleswig-Holstein.** [Die beiden kleinen preußischen Kriegsschiffe „Mosquito“ und „Rover“] von denen eines als Schule für die Schiffsjungen dient, liegen, wie man der „Köln. Z.“ meldet, gegenwärtig im Hafen von Genua.

[Interpellation.] Herr Dr. Lüning hat an die königl. Staats-Regierung folgende Interpellation gestellt: ob es ihr bekannt ist, daß der Landrat Dr. Schulz im Memel, früher Abgeordneter, von der königl. Regierung zu Königsberg zum Wahlcommisarius für die Wahlen zum Reichstag des norddeutschen Bundes im Kreise Memel-Herderburg ernannt ist, und ob sie event. gefonnen ist, diese Ernennung rückgängig zu machen? Motive: Der Beschluß des Hauses vom 15. Januar d. J., die Ernennung von Wahlcommissarien betreffend und die vorhergehenden Verhandlungen über die Wahlen abg. Dr. Schulz und Degen.

[In Bezug auf die Candidatur des Hrn. v. Blandenburg] für den Kreis Naugardt-Regenwalde hat der Landrat dieser Kreises folgende Mitteilung an die conservativen Wähler in Umlauf gelegt:

„Ich bin amtlich veranlaßt, zu erklären, daß der königl. Staats-Regierung die Wahl des General-Landschafts-Raths v. Blandenburg zum norddeutschen Parlament durchaus erwünscht sein würde. Gestützt auf die großen Erfolge, welche die Regierung in ihrer inneren und äußeren Politik errungen, wendet sie sich mit vollem Vertrauen an die Wähler in der festen Erwartung, daß sie auch ihrerseits ihr Vertrauen schenken und solche Abgeordnete wählen werden, welche sich als wahre Freunde der Regierung bewährt haben.“

Lobes, den 31. Januar 1867. Der Landrat v. Loepen.

**Schwerin**, 2. Februar. [Die Rostocker Nationalvereins-Mitglieder.] deren Beschwerde wegen gehemmter Rechtspflege vor dem Bundestag hängen blieb, als derselbe sich aufloste, hatten sich durch

ihren Sachwalt, Advocat Behm zu Rostock, an die Bundes-Liquidations-Commission in Frankfurt mit der Bitte gewandt, die in dieser Beschwerde-sache erwachsenen Acten der preußischen Regierung zur vorläufigen Aufbewahrung und demnächstiger Überweisung an das zu erwartende Bundesgericht ausliefern zu wollen. Die Bundes-Liquidations-Commission hatte sich hierauf bereit erklärt, die von den Beschwerdeführern produzierten Acten zurückzugeben. Da es denselben aber gerade darum zu thun war, die Acten zusammenzuhalten, um nicht den ganzen Rechtsgang demnächst wieder von vorne anzufangen zu müssen, so wandten sich die Beschwerdeführer mit ihrem Antrage im Recurso-Wege an das preußische Staatsministerium. Hierauf ist nun unter dem 28. v. M. vom preußischen Ministerium des Auswärtigen nachstehende Erwiderung an den Herrn Advocat Behm ergangen, welche vorläufig auf den Antrag nicht eingeht, aber eine spätere Entscheidung in Aussicht stellt, übrigens von der Voraussetzung auszugehen scheint, daß den Beschwerdeführern aus der Trennung der Acten ein Rechtsnachtheil nicht erwachsen werde.

Das Schreiben lautet:

„Ew. Wohlgeb. erwiedere ich auf die unterm 31. Dezbr. v. J. von Ihnen eingereichte, an das königl. Staatsministerium gerichtete Vorstellung des Dr. Kippe und Genossen, daß die königl. Regierung sich nicht in der Lage befindet, dem gestellten Antrage gemäß die Acten der vormaligen Bundesversammlung in Betreff der Beschwerdesache gegen die großherzoglich mecklenburgisch schwedische Regierung wegen gehemmter Rechtspflege einzutheilen in ihren Gewahrsam zu nehmen, um sie seiner Zeit der Behörde zur rechtlichen Entscheidung zu übergeben, welche innerhalb des norddeutschen Bundes die Entscheidung über beim Bundestage pendent gebliebene Beschwerden wegen gehemmter Rechtspflege übertragen werden wird. — Ueber das Archiv der vormaligen Bundesversammlung steht der königl. Regierung eine einseitige Verfügung nicht zu; erst bei der Auseinandersetzung über das bisherige Bundes-Eigenum kann hinsichtlich der Bestandtheile jenes Archivs eine definitive Entscheidung getroffen werden. — Uebrigens ist nicht abzusehn, inwiefern die von der Liquidations-Commission zu Frankfurt a. M. in dem Beigleite vom 30. November v. J. zugestickte Rückgabe der von den Beschwerdeführern unter dem 31. Juli 1865 bei der vormaligen Bundesversammlung producierten Acten einer etwaigen weiteren Verfolgung der Angelegenheit in irgend einer Weise präjudizitär sein könnte.“

**Münster**, 1. Febr. [v. Bonninghausen †.] Am 29. v. M. starb, vom Schlagflusse getroffen, der Privadozent für das canonische Recht Dr. Franz Egon v. Bonninghausen, Professor des bischöflichen Officialats, nachdem er noch nicht volle zwei Jahre der theologischen Facultät angehört hatte.

**Görlitz**, 2. Februar. [Die Kinderpest.] Zur Berichtigung der in ausländischen Blättern verbreiteten Ansicht, daß in der Rheinprovinz die Kinderpest herrsche, sind wir auf amtlichem Wege in den Stand gesetzt, mittheilen zu können, daß seit Mitte Dezember v. J., um welche Zeit der erste Seuchefall in der hiesigen Provinz vorgekommen ist, die Kinderpest nur in sechs vereinzelten Fällen, und zwar in den vier Gemeinden Hossum und Bimmen, im Kreise Cleve, Hüthum im Kreise Krees und Hinsbeck im Kreise Geldern ausgebreitet ist. Durch sofortige Tötung sowohl des erkrankten Viehs, als auch des noch gesunden, welches mit jenem in demselben Stalle oder in einem angrenzenden Stalle gestanden, sowie durch strenge Absperrungs- und Desinfections-Maßregeln ist die Seuche jedesmal auf den inscirtten Stall beschränkt worden. Ueberhaupt darf man wohl die Hoffnung beginnen, daß es gelingen werde, einem Graffien der Seuche vorzubeugen, wenn auch bei deren großer Verbreitung in Holland und bei den ungentigenden Maßregeln der niederländischen Regierung einzelne Fälle trotz der strengen Grenzperre, zu deren Ausführung allein im Regierungsbezirke Düsseldorf 11 Compagnies Infanterie und 113 Mann Cavallerie verwendet werden, immerhin wieder vorkommen können. Seitens der begeisterten Bevölkerung der hiesigen Provinz finden die Anordnungen der Behörden die willkommene Unterstützung, wozu jedenfalls beiträgt, daß für alles auf obrigkeitliche Anordnung geforderte, bereits erkrankte Vieh ein Drittel des Taxwerthes und für das gesunde Vieh der volle Taxwerth aus Staatsmitteln gezahlt wird. Bis jetzt sind in der Rheinprovinz 109 Stück Vieh auf obrigkeitliche Anordnung unter Gewährung der angeführten Entschädigung gefüttert worden.

**Dresden**, 3. Febr. [Festlichkeiten.] Am 6. d. M. findet bei der Gräfin Hohenau, Gemahlin des Prinzen Albrecht, eine Festlichkeit statt, zu der Einladungen an viele preußische und sächsische Offiziere ergangen sind. Bei dem letzten Hofball, dem zweiten in dieser Saison, war die Hälfte des preußischen Offiziercorps zugegen; die andere Hälfte hatte am ersten Theil genommen. In der höhern sächsischen Aristocratie äußern die Ereignisse des vorigen Jahres einen erheblichen Einfluß auf die Geschäftslustigkeit der Saison. Dagegen macht sich ein sehr lebhafter Verkehr zwischen preußischen Offizieren und hier wohnhaften amerikanischen Familien von Distinction hier bemerkbar. Die legtren legen durch ihr Entgegenkommen eine unverkennbare Sympathie für die ersten an den Tag.

**Frankfurt a. M.**, 3. Februar. [Forderungen der Stadt an die Bundes-Liquidationscommission.] Am 2. November v. J. hat die Stadt Frankfurt durch den preußischen Landrat bei der Bundes-Liquidationscommission eine Denkschrift überreichen lassen, worin die von der Stadt „im Interesse des deutschen Bundes“ gemachten Leistungen und Aufwendungen des Naheren specificirt sind. Es werden darin folgende Forderungen ausgeführt: I. Liquido gestellte Leistungen an die hier stationirten Truppen des mobilen Corps vom 18. September 1848 bis 20. Februar 1850; noch liquider Rest von 147,613 fl. II. Noch nicht vollständig als liquide anerkannte Leistungen (Rosten) in Folge der Unruhen im September 1848, des Aufzugs des Frankfurter Battalions nach Schleswig-Holstein und Baden, zur Unterbringung und Versiegung des mobilen Corps u. 799,255 Gulden. III. Mehrosten der Stadt für Kaserne und Versiegung der Bundesgarisonen (von 1851—1853) 260,810 Gulden; zusammen 1,207,679 fl. Die Denkschrift behält außerdem eine nähere Begründung, resp. Specialisierung weiterer Forderungen vor, welche zum Theil aus den früheren Beziehungsverhältnissen der Stadt abgeleitet, zum Theil aus den kriegerischen Bewegungen des letzten Sommers (Versiegung und Requisitionen für die Bundes-truppen) entspringen sind. Die Liquidationscommission hat sich in ihrer Sitzung vom 23. Januar in Betreff dieses Gegenstandes dahin ausgesprochen: es sei bei dem resp. Regierungen der Antrag zu stellen, sämtliche Forderungen als unbegründet zurückzuweisen. Aus der eingehenden Begründung dieses Antrags heben wir nur hervor, daß die Bundesversammlung die Liquidationsansprüche aus den Jahren 1848/49 in einem Gesamtbetrage von etwa 160 Millionen Gulden gänzlich hat ruhen lassen, und daß es geradezu unzählig erscheinen würde, einen vereinzelten Anspruch herauszunehmen und abgefondert von den auf gleicher Grundlage beruhenden Forderungen der übrigen Regierungen speciell zum Ausdruck zu bringen. Dazu würde auch eine Prüfung aller dieser fälligen Liquidationen nach ihrer rechnungsmäßigen Begründung und nach der rechtlichen Zahlungsfähigkeit stattfinden müssen, zu welcher ersteren die Liquidationscommission nach Verlauf eines so langen Zeitraums jetzt nicht in der Lage sein und zu welch letzterer ihr die Kompetenz fehlen würde.

**Frankfurt a. M.**, 2. Februar. [Ablehnung.] Wie das „Fr. Z.“ auf das Bestimmteste versichern kann, hat Frhr. Carl von Rothchild die Annahme eines Mandats zum Reichstag definitiv abgelehnt.

**München**, 1. Februar. [Vom Landtage.] — Das ministerielle Programm.] Der l. Staatsminister Fürst Hohenlohe sandt heute in Beantwortung einer Interpellation von vier Mitgliedern der Kammer der Reichsräthe Anlaß, sein am 19. v. M. der Kammer der Abgeordneten vorgelegtes Programm näher zu präzisieren. Jene Herren (Fürst Theodor Taxis, die Freiherren v. Thüngen und v. Zu-Rhein und Professor v. Bayre) vermissen in der Erklärung des Fürsten vom 19. und 23. Januar die unzweideutige Bestimmtheit, die sie von dem Programm des Staatsministers erwarten zu dürfen glauben, besonders in dem Punkte, der sich auf das anzustrebende Bündnis mit Preußen bezieht. Sie wünschen entziedene Auflösung darüber, daß dieses Bündnis nur als Bündnis zwischen Gleicheberechtigten betrachtet werde und daß mithin der alleinige Auspruch Preußens, es sei im Bündnis festzustellende politische Eventualität eingetreten, nicht genügen dürfe, uns in einen Krieg zu verwickeln, sondern daß es der bayerischen Regierung bei jedem einzelnen Falle unbenommen bleiben müsse, selbst mitzuverhandeln und schließlich selbst zu entscheiden, ob und wie weit sie sich Preußen anschließen wolle. Die einzige Eventualität, in welcher auch sie unbedingt einen Anschluß an Preußen wünschen und erwarten, sei ein Krieg zur Abwehr einer beabsichtigten Schmälerung deutschen Gebiets, möge es kommen, von welcher Seite sie wolle. Sie wünschten, daß Bayern gegen eine solche

Schmälerung mit aller Kraft eintrete, selbst unter Führung Preußens. Für jetzt aber halten sie, bei dem Streben Norddeutschlands zum Einheitsstaate, einen zu engen Anschluß an Preußen für bedenklich, und sie fragen darum, ob Se. Durchlaucht unter dem Bündnis mit Preußen ein Bündnis unter Gleicheberechtigten, mithin ein solches verstehe, das bei entgegengesetzter Ansicht jedem Theile in jedem einzelnen Falle die Freiheit der Action sichere, oder ein solches, das Bayern, wenn auch für einzelne Fälle, unbedingt in das Gefolge Preußens stellen würde. — Der Minister Fürst Hohenlohe constatirt, daß das Haus bis auf einen Punkt seinem Programm zufolge. Was das anstrebbende Bündnis mit Preußen und den deutschen Staaten betrifft, erklärt der Fürst, so verstehe ich darunter, „einen gegenseitigen, die Integrität des Gebietes und die gegenseitige Hilfe im Falle einer Gefährdung dieser Integrität gewährleistenden, auf dem Boden vollkommenen Gleicheberechtigung abzuschließenden Staatsvertrag. Daß ein solcher Staatsvertrag die Freiheit der Entscheidung im gegebenen Falle nicht gleichmäßig vorbehalte, sondern gleichmäßig befürde, wird bei näherer Prüfung der Natur solcher Verträge dem hohen Hause kaum entgehen können. Im Übrigen berufe ich mich auf meine Erklärungen vom 19. und 23. Januar.“ — Wie ich höre, werden die Kammer in kurzem vertagt und im April oder Mai wieder einberufen werden.

(N. Pr. 3.)

[Abreise.] Der „Augsburger Postzeitung“ zufolge hat Freiherr v. d. Pfolden mit seiner Familie am 31. Januar die Reise nach Rom angetreten.

[Militärisches.] Dem „Nürn. Corr.“ schreibt man: Wie ich höre, soll die Angelegenheit des General-Lieutenants Stephan mit dessen Verzeugung nach Würzburg abgeschlossen werden. Ferner soll General v. Feder an Stephan's Stelle nach Nürnberg und General v. Hartmann von Würzburg nach München zum General-Auditoriat versetzt werden; das General-Commando Augsburg würde dem Herzog Ludwig (i. Z. General-Major in Augsburg) unterstellt.

### Oesterreich.

\* \* Wien, 3. Febr. [Ministerkrise.] Zu den Wahlen. — Stellung zu Bayern.] Die Gerüchte von der endlich denn doch erfolgten Entlassung des Grafen Belcredi und von der Ernennung des Fürsten Carlos Auersperg zu seinem Nachfolger circuliren seit gestern wieder mit großer Intensität in den Kreisen unserer Finanzwelt. Ich nehme davon Notiz, weil auch andere Symptome darauf hindeuten, daß das Sistirungs-Ministerium einer weiteren Vergrößerung entgegengeht. Der Rücktritt des Kriegsministers v. Frank und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Mensdorff möchte nicht allzu hoch veranschlagt werden, da beide Staatsmänner als Inventariumstücke aus dem Cabinetts Schmerlings in die magyarisch-slavische Ära übernommen worden waren. Mit dem Grafen Esterhazy aber schied der eigentliche Urheber des September-Patentes und mit dem Finanzminister Grafen Larisch die rechte Hand des Grafen Belcredi aus. Nunmehr scheint auch der Justizminister v. Komers sein Portefeuille niederlegen zu wollen, da der Präsident des Prager Ober-Landesgerichts, Baron Hennet — den man früher ersucht, sein Penitentiarbüro zurückzunehmen, weil Herr v. Komers sich jene Stelle für den Fall seines Rücktrittes vorbehalten — in diesen Tagen die Weisung empfangen hat, es einzureichen. — Andererseits aber darf man nicht verleugnen, daß der Staatsminister es bereits verstanden hat, mittels Januar-Patents, dieses Zukunftsbes, daß er dem Baron Beust zum Ausbrüten in's Nest gelegt — nach seinem Ziele hin, der Reconstrukturung Oesterreichs auf slavischer Basis, entscheidende Schritte zu thun, die sich durchaus nicht so leicht wieder rückgängig machen lassen, wie unsere Optimisten zu glauben scheinen. Man vergesse denn doch nicht, daß die eben im Zuge begriffenen Wahlen die Erbländer mit einer auf volle sechs Jahre hinaus kompetenten Vertretung versehen haben, und daß andererseits, nachdem Baron Beust sich laut zum Januar-Patent als zu seiner ureigensten Schöpfung bekannt hat, der Sturz des Staatsministers auch noch keineswegs genügen würde, um dem Regiment auf Grund des September-Patentes ein Ziel zu setzen. Im Großen und Ganzen haben die Deutsch-Oesterreicher bei den Wahlen eine gute Schulung und seltene Disciplin bewiesen. Aber wenn es auch aller Ehren werth ist, was sie in der Wahlarme geleistet, so kann das immer nichts an der selbstverständlichen Thatache ändern, daß sie gegen die Stellung, welche ihnen die Wahlen von 1864 verschafft, dies Mal erhebliche Einbuße erlitten haben. Der ganze Hochdruck der Liga, die das Grafenministerium zwischen Magistraten und Clerus, Nationalen und Beamten gegen uns zu Stande gebracht, arbeitete gegen uns und zwar mit einer Rücksichtslosigkeit, die unerhört ist. Da waren Hofräthe, welche Verzichtsleistung auf ihre Diäten zu Gunsten des Wahlbezirkles versprachen; da waren Bezirkvorsteher, die den Wählern insinuierten, daß die Berücksichtigung bei Gesuchen um Steuerabfindung und namentlich bei Vertheilung der Kriegsentschädigungen durchaus von ihrem jetzigen Potum abhängen werde. Unter solchen Umständen ist es gewiß kein Tadel, sondern ein sehr ehrenwertes Zeugnis für die Deutsch-Oesterreicher, daß die Regierung doch in den reindeutschen Ländern außerhalb der Großgrundbesitzer-Curie kaum den einen oder den Anderen ihrer Kandidaten hat durchbringen können und daß selbst in Süd-Sieiermark die Slovenen im Ganzen nur fünf Sitz vergeben haben. Allein das hindert nicht, daß in Prag die czechische Majorität verstärkt ist und daß in Brünn, wo bisher beide Theile sich die Wage hielten, die Czechen zwei Plätze gewonnen haben, die leicht für die Haltung des mährischen Landtages entscheidend werden dürften — daß

werhesten Folge des Genius unserer Race, wie sie durch die demokratischen Prinzipien umgebildet ist, nicht erkennen möchte."

[Die Lamirande-Affaire.] Nachdem der Auslieferungsvertrag mit England bereits zu vielfachen unangenehmen Erörterungen geführt hat, nimmt die sogenannte Lamirande-Affaire einen für die hiesige Regierung immer unbehaglicheren Charakter an, zumal Interpellationen im englischen Parlamente wie im gesetzgebenden Körper nicht ausbleiben werden. Von Seiten der hiesigen Opposition wird Herr Berryer das Wort ergreifen, der bei Abschließung des Vertrages von 1843 thätig gewesen ist. Der Bank-Kassier Lamirande war bekanntlich mit Hinterlassung eines beträchtlichen Deficits nach den Vereinigten Staaten entkommen; in New-York verhaftet, hatte er zu entfliehen gewußt, die kanadische Grenze überschritten und war von den englischen Behörden auf Grund eines ersten, später vernichteten Erkenntnisses den französischen Agenten ausgeliefert und nach Soissons zur Aburtheilung gebracht worden. Das Schwurgericht erkannte ihn für schuldig, worauf er zu langjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt wurde. Jetzt verlangt das englische Cabinet die Rücklieferung Lamirandes, weil bei der Ausantwortung desselben der Vertrag von 1843 in drei Punkten verlegt worden sei. Der Antrag auf Auslieferung mußte nämlich durch einen diplomatischen, nicht aber, wie geschehen, durch einen Handels-Agenten, wenngleich dieser den Titel Consul führe, gestellt werden; der Vertrag enthalte ferner ausdrücklich die Bestimmung, daß der Begriff der Fälschung, welcher dem Auszuliefernden zur Last gelegt werde, im Sinne des englischen Gesetzes zu erklären sei, und danach passe auf Lamirande diese Anklage nicht; endlich habe der Antrag auf ein nichtiges Urtheil sich gestützt, so daß die Auslieferung jeder vertragssrechtlichen Grundlage entbehre. Die französische Regierung macht hiergegen geltend, daß die ordentlichen Behörden in Canada die Auslieferung des Verbrechers vorgenommen hätten, das gegen Lamirande res judicata vorliege und es der Würde der hiesigen Regierung zu wider sei, einen in legaler Weise verurteilten Franzosen in Freiheit zu setzen, weil bei der Haftserwerbung derselben ein fremder Beamter angeblich einen Mangel an Kenntnis der internationalen Verträge sich habe zu Schulden kommen lassen. Hierauf erwiderte das Londoner Cabinet: Gutspreche der Würde Frankreichs nicht die Herausgabe eines verurteilten Verbrechers, so sei es gegen Englands Würde, das Asylrecht verlezen zu lassen, zumal gegen den klaren Wortlaut und Inhalt eines anerkanntenmaßen zu Recht bestehenden Vertrages. Das Asylrecht sei so heilig, daß die Unwissenheit eines Beamten dem Schutzsuchenden nicht zum Nachteil gereichen dürfe. Die englische Regierung wünsche zwar dringend, den Fall auf freundshafthellem Wege zum Austrage zu bringen, allein es werde ihr, wenn die Rückgabe Lamirande's verweigert werde, nichts Anderes übrig bleiben, als die Sachen den Konjuristen zur Entscheidung vorzulegen, und deren Urtheil auszuführen, sei das Ministerium gezwungen. Eine Antwort ist noch nicht ergangen, der Kaiser hat den Justizminister beauftragt, ihm schmunst eine kurze Denkschrift über die Angelegenheit auszuarbeiten.

[Der Kaiser und die Reformen.] Girardin sucht den Kaiser heute durch lange Citate aus den „Idées napoléoniennes“ zu dem Ehrgeize zu verlocken, ein Wilhelm III. von England zu werden; doch in den Tuilerien ist der Windzug auch nach dem Januardecreto noch bei Weitem nicht auf das parlamentarische System gerichtet, das nun einmal zu dem französischen Nationalcharakter nicht passen soll. Girardin wird mit seinem neuen Artikel um so weniger Wirkung hervorbringen, als schon sein gestriges Manifest höchsten Ortes unangenehm berührt und die Ueberzeugung hervorgerufen hat, daß man durch die Männer des Tiers-Partei zu weit fortgezogen werden könnte. Andererseits ist schwerlich anzunehmen, daß die bisherige Majorität des gesetzgebenden Körpers sich gegen das Januardecreto auflehnen werde. Sie weiß, daß, wenn sie sich den rollenden Rädern in den Weg wirft, sie zerstört wird, und sie ist von jeher klug genug gewesen, ihre Haut zu wahren: sie wird sich als „große conservative Partei“ wie bisher um den Kaiser schaaren und ihrem Hirten folgen. Sollte es trotz alledem zu Neuwahlen kommen, so würden dieselben nicht von Herrn Lavalette geleitet werden, dessen Tage ohnedies gezählt zu sein scheinen. — Im Ministerrathe von gestern Abend kam der liberale Preßgesetz-Entwurf zur Vorlage, den Baroche im Einverständnisse mit Rouher und Lavalette angefertigt. Die letzteren beiden haben sich zuletzt entschlossen, lieber selbst mit liberalen Vorschlägen die Initiative zu ergreifen. Die Freunde Olivie's erklärten jetzt selbst, daß es für den Moment klüger sei, die gegenwärtigen Minister im Amt zu lassen. Sie könnten besser „la liquidation du passé“ zu Stande bringen und leichter den Widerstand der Majorität besiegen, die sich im Senate und dem gesetzgebenden Körper den Reformen entgegenstellen will. In der That haben viele Majoritäts-Mitglieder Briefe von ihren Wählern aus der Provins erhalten, welche sie auffordern, gegen die Reformen einzutreten. Man fürchtet, dem Kaiser würden dadurch die Zügel entwunden. Napoleon III. aber treibt seine alte Kunst nach wie vor. Ruhig hört er das Für und Wider an, sich die Entscheidung für den Morgen des 14. Februar vorbehaltend. So wurde gestern von jedem Cabinets-Mitgliede seine Ansicht namentlich über die „autorisation préalable“ eingefordert. Rouher entwickelte die Vortheile und Nachtheile der Abschaffung und vermeinte dabei, daß in der Wahlperiode, dann in den Provinzen Blätter über Blätter auftauchen würden, die nur während der 20 Tage erschienen und schwer zu kontrollieren seien. Der Kaiser schwieg. Vom finanziellen Standpunkte wurde der Vorschlag gemacht, den Stempel für alle politischen Journale von 6 auf 4 Cent. zu reduciren; unpolitische Zeitungen mit Inseraten sollten derselben Taxe unterliegen, unpolitische, aber ohne Anzeigen, bisher ganz befreit, hätten einen Stempel von 1% Cent. zu tragen.

[Zur Preßgesetzgebung.] Der Preßgesetz-Entwurf ist noch nicht ganz fertig, doch glaubt die „France“ gegen alle Beschränkungen wiederholt bestätigen zu können, daß die vorherige Erlaubnis zur Herausgabe einer politischen Zeitung abgeschafft wird. Für diesen liberalen Beschluß, der vom Kaiser ausging, haben sich nun auch die vier mit Ausarbeitung des Gesetzentwurfes beauftragten Minister erklärt. Ein anderer wichtiger Gegenstand betrifft die Ausübung des Buchhandels und des Buchdruckereigeschäfts; auch hierin sollen gründliche Verbesserungen beschlossen sein. Durch das Gesetz vom 21. October 1814 wurden die Buchdruckereien und Buchhandlungen der Concessionsertheilung unterworfen, und so entstand für dieselben ein wahres Monopol. Das neue Gesetz soll das Buchdruckereigeschäft freigeben und den Buchhandel in die Preßgesetzgebung hinübersetzen. — In dem französischen Richterstande bereitet sich eine Kundgebung gegen die Ueberweisung der Preßprozesse an die Zuchtpolizeigerichte vor. Man sieht darin den Verderb der Moral der Magistratur, deren Unabschätzbarkeit rein illusorisch sei, weil erstens von den Ober-Behörden das Avancement abhänge und es gestattet sei, Richter mit gleichem Grade, aber verringertem Gehalte von großen nach kleinen Städten zu versetzen. Es wird eine Jury eigens für die Presse vorgeschlagen, die aus Staatsräthen, Präfektur-Beamten und Publicisten zusammenzusetzen sei.

[Vom Hofe. — Ministerielles.] Gestern empfing der Kaiser Herrn Bennet, den Eigentümer der „Henriette“, welche den Sieg bei der Wettsfahrt zwischen New-York und London davontrug. — Der Prinz Napoleon steht augenblicklich auf bestem Fuße mit dem Kaiser; desto mehr wird er von seinen bisherigen Anhängern angefeindet, die ihm vorwerfen, sie im Stiche gelassen

zu haben. — Admiral Rigault de Genouilly eröffnete gestern seine amtlichen Empfänge mit einem Diner, zu dem nicht nur die hohen Würdenträger des Marine-Departements, sondern auch viele verdiente Beamte aus bestederen Sphären eingeladen waren. Diese Neuerung hat einen guten Eindruck gemacht.

[Oppositionelles.] Gestern Montag fand eine Versammlung der Opposition bei Marie statt, in der man eine sehr gemäßigte Sprache führte. Namentlich gel die Rue Jules Favre's auf. Man beschloß, sich zunächst auf drei Interpellationen zu beschränken, von denen die erste über Deutschland Thiers, die zweite über Mexico Favre einbringen sollte. Die dritte über innere Angelegenheiten wurde noch nicht völlig festgestellt, doch blieb Picard dazu aussersehen, aber die Abfassung der Adresse zu sprechen. In orleanistischen Kreisen dagegen herrschte großer Unzufriedenheit mit den letzten Artikeln Lemoine's und Bréviot-Pardol's über das Reform-Decret. Die Parteien entwilden eine Regierung, wie man sie selbst in den Perioden der hiesigen Kammer nicht bemerkte hat. — Die in der Legislative errichtete Rednerbühne wird nicht die alte von Marmont sein, an welche sich so viele geschichtliche Erinnerungen knüpfen, die bereits im Saale der Bühlhundert stand, nach deren Auflösung in den Keller wandern mußte, nach der Juli-Revolution wieder in den neuen Kammer-Saal verpflanzt, aber nach dem Staatsstreit von 1851 wieder in die Rumpfammer gebracht wurde. Wie die „France“ berichtet, tritt jetzt an ihre Stelle ein Gesell von Alaju, das dieselben Eigenschaften einer solchen Tribune habe und als hölzernes Modellgehäuse leicht von der Stelle bewegt und befeitigt werden kann. Die „France“ macht den Zusatz, die alte Marmortribune sei zu eng gewesen, ein Redner, der viel Papier während der Rede gebraucht hätte, habe nicht Platz genug gehabt, seine Hilfsmittel auf dem Rande auszubreiten. (R. B.)

## Belgien.

Brüssel, 2. Febr. [Die Viehseuche,] welche in Hasselt ausgebrochen ist, greift weiter um sich, doch bis jetzt nur innerhalb der Stadt. Die strengen Vorichtsmassregeln sind angeordnet, die ganze Stadt ist abgesperrt und innerhalb derselben wieder die Straßen und Häuser, wo sich die Seuche gezeigt hat. Ein Balairollen-Infanterie ist von Lüttich hingestellt, um einen Korridor um die Stadt zu ziehen. Da die Meldungen des Ortes nicht ausreichen, um das erkrankte oder verdächtige Vieh abzuschlachten, hat man solche von Lüttich und Brüssel zu Hilfe gerufen; es sind bereits über 700 Stück Vieh getötet worden, wovon natürlich nur der kleinste Theil wirklich krank war. Die ganze Stadt Hasselt ist in vollkommener Bevölkerung, und das begreift sich leicht, wenn man weiß, daß ihr Viehstand sich auf etwa 5000 Stück beläuft. (R. B.)

## Großbritannien.

E. C. London, 1. Febr. [Zur Parlaments-Eröffnung.] Der feierliche Aufzug bei Gelegenheit der Parlaments-Eröffnung wird in diesem Jahre in der gewöhnlichen Weise von Statthaltern gehen, mit der Ausnahme, daß dieses Mal ein Galawagen den alten Staatswagen ersetzen wird. Wie im vorigen Jahre wird die Königin den Zug die große Treppe hinauf und über die königliche Gallerie vermeiden, indem sie durch den Eingang der Peers das Haus betritt. Dort wird dieselbe von dem Lordkanzler und den höchsten Staatsbeamten empfangen und in das Haus zum Throne geleitet werden. Es bleibt einstweilen noch zweifelhaft, ob sie die Thronrede persönlich verlesen oder dem Lordkanzler zur Verlesung übergeben wird.

[Viscount Amberley], ein Sohn Earl Russells, hat in den letzten Tagen an mehreren Orten in der Provinz Neden für eine Parlamentsreform, fast Bright'scher Art, gehalten. Auch er beschäftigt daher die conservativen Blätter, die ihn (er ist erst 1842 geboren) als Revolutionär in der Wiege, als Staatsmann im Kinderwagen u. s. w. verspotten.

[Stuart Mill.] Aus Edinburgh bringt der Telegraph Mitteilung über die gestern vollzogene feierliche Inthaltung Mr. Stuart Mills in seine neue Würde als Rector der St. Andrews-Universität. Der Vice-Kanzler eröffnete den Actus mit einem lateinischen Gebete, nahm dann dem neuen Rector den Amtseid ab und über gab ihm darauf das Ehrendiplom als Doctor der Rechte. Mr. Stuart Mill erhob sich alsdann zu seiner Antrittsrede und sprach in einem zweistündigen Vortrage, unter der gespanntesten Aufmerksamkeit und dem lebhaftesten Beifall der Zuhörer, über Universitätsbildung.

[Arbeits-einstellung.] Der Krieg zwischen Capital und Arbeit ist seit gestern hier wieder einmal zum Ausbruch gekommen. Es sind die Packfaffen-Arbeiter, die bis jetzt ihre Arbeitsstunden von 6 Uhr Morgens bis 16 Uhr Nachmittags hatten und denen die Arbeitgeber in fünf der größten Fabrikationsstätten des Landes angezeigt hatten, so hätten die Wahl zwischen einer Veränderung in diesen Stunden, Arbeit von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Nachmittags über Einstellung der Arbeit. Da dies gegen die Vereinbarung ging, die vor einem Jahre zwischen den Arbeitern und Fabrikanten zu Stande gekommen war, so stellten die ersteren fast einhellig ihre Arbeit ein und verließen die Werkstätten. Vorschläge, die seitdem von dem Comite der Arbeitnehmervereinigung den Ausführern der Fabrikanten zur Schlichtung des Conflictes im Wege schiedsrichtlicher Entscheidung gemacht wurden, haben zu keinem Resultat geführt und es fand gestern in Folge dessen eine Versammlung der Fabrikarbeiter statt, um die Sache zu erwägen. Man kam zu dem Beschuße, den Arbeitgebern, die zu der Fabrikanten-Association gehören, anzuzeigen, daß, falls die Verfügung in Betreff Änderung der Arbeitsstunden bis Montag nicht zurückgenommen sei, sämtliche von ihnen beschäftigte Arbeiter die Arbeit einstellen würden. Ein Amendement, das Nachgeben in die neue Einrichtung empfahl, wurde wegen Mangel an Unterstützung — es fand nur sechs Stimmen — fallen gelassen, dagegen von den nicht betroffenen Arbeitern einstimmig eine Beisteuer von 5 Sh. per Pfds. Sterl. Lohn für diejenigen, die unter dem Strafe leiden werden, festgesetzt.

[Getreideausfuhr.] Dem auswärtigen Amtetheil der diesseitige Gesandte in Langer eine Verfügung des Sultans von Marocco mit, nach welcher die Getreideausfuhr aus marokkanischen Häfen verboten, den Kaufleuten jedoch für den Export des in ihrem Besitz befindlichen Getreides eine sechsmonatige Frist zugestanden wird.

[Dentalmal.] In Gegenwart einer großen Zuschauermenge, doch ohne sonderliche Ceremonien, wurden am 31. Januar die vier Landseer'schen Löwen auf dem Postamente der Nelsonsäule enthüllt.

## Provinzial - Zeitung.

\*\* Breslau, 5. Februar. [Wählerversammlung im westlichen Wahlkreise zur Besprechung über die Candidatur des Herrn Justiz-Rath Bouneb.] Die gestrige Wählerversammlung im Saale „zum deutschen Kaiser“, deren Ergebnis wir bereits kurz in gestriger Morgen-Nr. unter „Abendpost“ berichtet haben, hatte das Local in allen seinen Räumen gefüllt, so daß selbst die obersten Gallerien vom Publikum nicht besetzt waren. Mr. H. eröffnete die Verhandlung mit folgender Ansprache:

M. H. Von dem Wahlcomite der Fortschrittspartei aufgefordert, den Vorfall zu übernehmen, eröffne ich hiermit die Versammlung. Die Bewohner der Nikolaivorstadt und der angrenzenden Stadttheile haben bei der diesmaligen Wahl das erste Lebenszeichen von sich gegeben; in diesem Stadttheile ist schon zur Weihnachtszeit die erste öffentliche Wählerversammlung gehalten worden. Von den damals versammelten Bürgern war neben Anderen Dr. Jacoby als Kandidat vorgeschlagen und fast einstimmig angenommen. Wenn Ihnen heut das Comite der Fortschrittspartei einen anderen Kandidaten vorstellt, so mögen Sie nicht glauben, daß wir unsere Meinung in Bezug auf Dr. Jacoby geändert haben, daß wir nicht noch so wie früher von seiner Tüchtigkeit, von seiner Ehrenhaftigkeit und von seiner Charakterfestigkeit überzeugt sind; ja, daß wir nicht jetzt ebenso gern wie damals rieben: „Wir wählen Dr. Jacoby!“ Aber, m. H., wir haben von seiner Kandidatur abgehen müssen, nachdem er selbst erklärt hat, er wolle eine Wahl für das norddeutsche Parlament nicht annehmen. Unsere Sorge war es nun, einen Mann herauszufinden, von dem wir wissen, daß er den zuerst aufgestellten Kandidaten ersehen wird; der Wahlverein wie das Comite der Fortschrittspartei haben es sich angelegen sein lassen, daß für den westlichen Wahlkreis, der seine Gesinnungen durch Dr. Jacoby's Candidatur deutlich ausgesprochen, ein Mann von ebenso entschiedener Gesinnung und ebenso charakterfest wie vorgeschlagen werde, dieser Mann ist Justizrat Bouneb; ihn hat das Comite berufen, um vor Ihnen seine Ansicht über das, was vom norddeutschen Parlament erwartet werden soll, auszusprechen. (Bravo.)

Mr. Justiz-Rath Bouneb, mit lebhaftem Applaus begrüßt, äußerte sich etwa wie folgt. M. H. Die Aufforderung meiner politischen Freunde, meine Gesinnungsgenossen in der Fortschrittspartei, heute vor Ihnen meine Ansichten über das Parlament und dessen Wirklichkeit auszusprechen, kommt

meinen Wünschen entgegen. Ich fühle das Bedürfnis mich unumwunden auszusprechen, damit jeder von Ihnen sich so viel wie möglich ein Urtheil bilde, inwiefern ich geeignet und fähig bin, Sie im Parlament zu vertreten. (Bravo.) Die Ereignisse des vorigen Jahres sind Ihnen allen gegenwärtig, Preußen hat einen schweren Krieg siegreich durchkämpft, seine Heere haben glorreiche Kriegsthaten vollbracht; Desterreich ist aus dem deutschen Bunde herausgedrängt, und verschiedene deutsche Länder haben mit ihren Souveränen die bisherige Selbstständigkeit eingeblendet. (Bravo.) Der deutsche Bund selbst ist aufgelöst, er hat aufgehört zu existieren, und Preußen hat die Aufgabe übernommen, eine neue Gestaltung Deutschlands herbeizuführen, zunächst in dem von Preußen vorgeschlagenen norddeutschen Bunde, dann in Anknüpfung einer weiteren Verbindung mit den süddeutschen Staaten. Durch das Gesetz vom 15. October d. J. erfolgt die Berufung des Parlaments zur Beratung der Verfassung und der Einrichtungen des norddeutschen Bundes. Es heißt „zur Beratung“, nicht zur Vereinbarung oder Constitutionierung, und die Beschlüsse haben deshalb keine bindende Kraft, selbst wenn sie von den Regierungen bestätigt werden. Aber, m. H. einer Versammlung, die aus dem Volke durch das allgemeine Stimmenrecht verhorgegangen, wird eine Ständeversammlung, ein Speziallandtag kaum entgegentreten, namentlich dann nicht, wenn ihre Beschlüsse zusammen treffen mit denen der Regierungen; man unterschätzt deshalb die Bedeutung des Parlaments nicht!

M. H. Das Parlament soll die Verfassung des norddeutschen Bundes beraten, der Preußen in seinem jetzigen Umfange, also mit den annexirten deutschen Staaten einerseits und die übrigen deutschen Staaten nördlich vom Main eng verknüpft soll. M. H. Man könnte Bedenken tragen, ob die Annexion deutscher Länder, ohne die Vertreter des Volkes zu fragen, gerechtfertigt war. Über diese Frage haben aber alle Factoren der preußischen Gesetzgebung entschieden; die Annexion ist ausgesprochen durch Beschuß des Landtages und des Königs, es liegt ein Gesetz darüber vor. Damit schwinden für mich alle Bedenken, die bei der Annexion des einen oder anderen deutschen Landes auftauchen könnten. Der Plan der Regierung hat nun im Auge die Verfassung für den norddeutschen Bund. Im Gesetz ist nichts darüber gesagt, ob eine nähere Verbindung mit den süddeutschen Staaten beabsichtigt wird. Es war vielleicht auch nicht die richtige Stelle, darüber dort etwas zu sagen. Indes, m. H., wir Alle sind der Überzeugung, daß der norddeutsche Bund nur der Ausgangspunkt sein kann für die neue Gestaltung Deutschlands und daß später eine geeignete Form sich finden wird, unter der die süddeutschen Länder sich in würdiger Art dem norddeutschen Bunde anschließen können. (Schr gut! Bravo)

M. H. Ich glaube, daß wir mit Loyalität den Vorlagen entgegensetzen müssen, die der leitende Staatsmann Preußens dem Parlament machen wird, wir können ihnen immerhin mit Vertrauen entgegenleben, müssen sie mit Loyalität berathen, sorgfältig prüfen, und wenn sie nicht andere Opfer fordern, denselben zu stimmen. Aber, m. H. aufzusprechen und beschließen: „Wir gehen mit diesem Staatsmann durch Dick und Dünn!“ das können wir nicht, das entspricht nicht der Stellung eines Volksvertreters. (Bravo! sehr gut!) Ich halte dies um so weniger entsprechend einer solchen Stellung, als über die Vorlagen der Regierung noch ein ziemliches Dunkel schwimmt. So weit es mir gelungen, mich über die Vorlagen zu orientieren, befenne ich offen, ich würde für meine Person lieber die deutsche Reichsverfassung als Grundlage bei den Beratungen sehen. (Bravo.) Die Reichsverfassung paßt allerdings nicht mehr in allen Stücken, manche Bestimmungen sind nicht mehr anwendbar, nachdem das Gebiet, für das sie entworfen, viel kleiner geworden. Aber ich, mein Gott, kann deshalb doch als Grundlage dienen, und die etwaigen Inconvenienzen könnten durch eine Revision leicht ausgeschieden werden. Die deutsche Reichsverfassung ist so durchdrückt und den Verhältnissen zwischen Regierungen und Volk angepaßt, daß dadurch nicht blos die altpreußischen Länder unendlich gewinnen, sondern es ließen sich auch die Sympathien aller deutschen Stämme viel leichter erwerben, und die Einigung mit den neuen Landesteilen einfacher bewerkstelligen. Dann entspricht die deutsche Reichsverfassung viel mehr wie die projektierte norddeutsche Bundesverfassung den realen Verhältnissen der Dinge, indem sie der Krone Preußens eine viel würdigere Stellung einräumt und die Würde des deutschen Kaisers auf die Krone von Preußen überträgt.

In dem künftigen Bundesrat soll Preußen 17, die übrigen Fürsten 26 Stimmen haben; Preußen ist biennach in der Minorität, obwohl es  $\frac{1}{2}$  der Bewohner gegen  $\frac{1}{2}$  in den anderen Staaten zählt. Das ist keine Bestimmung, die den realen Machtverhältnissen entspricht. Aber obwohl die Reichsverfassung meinen Wünschen näher steht, so glaube ich doch, daß wir die Vorlagen des Grafen Bismarck unterstützen können; denn ich glaube, auch diese Vorlagen werden die Einheit Deutschlands in hohem Maße befördern: das Militärwesen, die Marine, Telegrafen, Handel und Verkehrsverhältnisse und eine Menge anderer Branchen kommen in die Hände von Preußen, ebenso die Executive.

Aber, m. H., wenn ich auch glaube, daß wir allen diesen Vorlagen unsere volle Unterstützung gewähren müssen, so müssen wir doch auch darauf sehen, daß zur Herbeiführung der Einheit die richtigen Mittel gebraucht werden; denn ich gehe davon aus, daß die Hauptbedingung der Einheit muß die Freiheit sein (Bravo!), es kommt darauf an, daß wir die Volksrechte erhalten und auszubilden suchen! Was wir durch die Annexion gewonnen, erhält erst seinen vollen Werth, wenn die innere Freiheit geboten wird. Erst wenn die annexirten Völkerstämmen sich innerlich einig mit uns fühlen werden, dann wird die Kraft des Ganzen erstarcken, und in diesem Sinne stellen wir nicht die materiellen Interessen voran, nein, erst das Recht, mit der Freiheit ist auch die Einheit geschaffen und gesichert. (Bravo!) Und deshalb sage ich mit dem edlen Fürsprecher der deutschen Einheit, mit dem altbewährten Waldecker: „Ohne die Anerkennung, Gewährung und Ausbildung der Rechte des Volkes werden wir nicht zählen dürfen auf die Anerkennung der Güter und Herzen in Deutschland, welche allein der Machthaltbarkeit und Dauer verleiht.“ (Lebhaftes Bravo.)

Eine schwierige Aufgabe wird die Stellung des Parlaments gegenüber dem preußischen Landtag sein. Die Umstände überdringen daran, daß ein Theil der Rechte und Befugnisse des Landtages übergeht an das Parlament. Aber, m. H., das darf nicht unmöglich und genehmigt werden, wenn wir nicht Garantien haben, daß uns dadurch die Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte nicht verkümmert werde. (Lebhaftes Bravo.) M. H., ich bin allerdings der Ansicht, daß zwei so große Verammlungen auf die Dauer neben einander nicht bestehen können. (Sehr richtig!) Es kann sich nur um die Alternative handeln: entweder Anschluß des Parlaments an den Landtag, oder der Landtag geht im Parlament auf; wünschenswerth ist das Letztere. Das Parlament beruht auf dem allgemeinen Stimmrechte, das preußische Abgeordnetenhaus ist aus dem Dreiklassen-Wahlwystem hervorgegangen und das Herrenhaus hat eine noch viel eigenständlichere Zusammensetzung. (Heiterkeit und Bravo.) Nach meiner Ansicht müssen wir das allgemeine Stimmrecht wahren und behaupten, ja es auch für die Wirklichkeit in den kleineren und engeren Kreisen zu erlangen streben. Und deshalb ist es wünschenswerth, daß der preußische Landtag aufgeht im Parlament!

M. H. Noch einen Punkt, der mir von großer Wichtigkeit zu sein scheint, will ich erwähnen; es sind die deutschen Grundrechte. Sie wissen, die deutsche National-Versammlung hat für den Einzelnen bestimmte Rechte festgesetzt gegenüber den Regierungen der Länder. In der Reichsverfassung wurde bestimmt, daß diese Grundrechte die Norm für alle Special-Gesetzgebungen sein sollten; keine Special-Gesetzgebung, kein Special-Ges

im Gegenjahr zu den anderen beleuchtet. Das ist zunächst ein Candidat der katholischen Partei, er habe bisher nicht gewußt, daß es auch hier eine katholische Partei gäbe (Bravo); von den „Haublättern“ ist diese Candidatur proclamirt, als ob wir nicht schon genug Parteien in Breslau hätten. Dann ist die reactionäre Partei für Bismarck, von dem sie glaubt: „Alles, was der thut, ist gut, gelobt werde sein Namen! — Amen!“ (Heiterkeit und Bravo.) Der wichtigste Gegenstand ist der, welchen Alle genau kennen, der am meisten besprochen wird und die meisten Chancen für sich hat, da er auch von der liberalen Partei aufgestellt ist. Es hieße Eulen nach Althen tragen, wollte ich Ihnen die Eigenarten des Oberbürgermeisters Hobrecht charakterisiren. Man hat gesagt, es möchte kein auswärtiger Candidat gewählt werden, dies wäre ein testimonium paupertatis für Breslau, aber ein eben solches Armutsszeugnis wäre es, wenn wir den Oberbürgermeister in's Parlament schicken (Bravo). Je besser unser Oberbürgermeister ist, desto weniger können wir ihn entbehren. Wir wissen, welche bedeutenden Pläne, die nach seinen Intentionen entworfen, in der nächsten Zeit hier zur Ausführung gelangen sollen. Soll dies Anderen überlassen bleiben? Die Situation ist sehr ernst. Wir stehen an der Porte großer Ereignisse. Ich dente nur des einen Falles; wenn der Zwist wieder ausbricht und wir den Kriegsschulplatz wieder in unmittelbarer Nähe haben, wünschen Sie, daß der Oberbürgermeister in das Parlament abgeht, das sofort einberufen würde, oder daß er hier bleibe? Aber es sprechen noch andere Gründe gegen diese Candidatur. Nehmen wir den Fall, der Oberbürgermeister, welcher die 16,000 Wähler des Breslauer westlichen Wahlkreises im Parlament vertritt, gerath mit der Regierung in Conflict. Gleichzeitig dies dem Justizrat Bouës, so wird man sagen: warum nimmt er an! Gleichzeitig es dem Oberbürgermeister, so wird man uns fragen: warum wählt ihr ihn? (Bravo!) Dies ist ein Hauptgrund, der mich allein bestimmen könnte, gegen den Candidaten der allliberalen Partei aufzutreten. (Bravo!)

M. h.! Diese allliberal Partei hat das Principe: Nur nicht drängeln! Sie, die vor Kurzem eine Versammlung mit 42 Mann gehalten, steht jetzt da und sieht mit kühnem Blick auf die Fortschrittspartei. Als das Vaterland in Gefahr und der Krieg unvermeidlich war, da haben mehrere Anhänger der Fortschrittspartei mit blutendem Herzen erklärt, man müsse der Regierung Alles gewähren. Damals sagte aber ein Allliberaler, der jetzt vor geschlagen ist: „Diesem Ministerium keinen Groschen!“ Und ein Anderer hat das Ministerium mit einem Namen gekennzeichnet, den ich hier weder nennen darf noch kann. (Lebhafte Sentenz.) Was der Minister v. Bismarck gethan? Es ist unendlich viel nach außen geschehen, und da es einmal da, so begrüble ich es gern. Was sollt uns bewegen, nun auch mit diesem Minister durch Dick und Dünn zu gehen? Wie kann ein Mann wagen, zu erklären, wir mögen jetzt manches Recht fallen lassen, wir können es uns ja später wieder holen. Beim Hausbau werden keine Edelsteine weggeschafft, diese Edelsteine sind für uns die Grundrechte des deutschen Volkes. So sehr wie die Thaten Bismarcks anerkannt, so dürfen wir doch nicht glauben, der Mann, der die Preßdorffanzen erlassen, der Schleswig-Holstein annexirt hat, statt es durch eine liberale Politik zu gewinnen, der Mann wolle nur die Freiheit des deutschen Volkes aufrichten. So groß sein Plan sein mag, so gern wir ihn accipieren, sage ich doch, Vorsicht und Entschiedenheit ist nötig. Wir brauchen einen Candidaten, der mit v. Bismarck geht in allen Fragen der deutschen Politik, aber er muß auch die Kraft haben, sobald die innere Freiheit gefährdet ist, zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Wir brauchen einen Abgeordneten, der diesen Mut hat. Unterschreiben Sie den Einfluß und die Chancen der anderen Partei nicht; die Allliberalen, die gern nach zwei Seiten hin agiren, haben es sich wohl überlegt, als sie einen so allgemein bekannten und beliebten Candidaten aufstellen. Gehen wir also Mann für Mann zur Wahl, bleibt keiner von der Wahlurne fern an dem Tage, wo sich entscheiden soll, ob das deutsche Volk würdig ist des allgemeinen Stimmrechts. Die Parole des Westbezirks sei: Wir haben nur einen Candidaten, das ist der Justizrat Bouës! (Lebhafte Bravo.)

Mr. Scheel sagte, an die Neuerungen des Vorredners anknüpfend, man solle ja nicht glauben, was nicht es, wir haben schon so oft gewählt und es hat doch nichts geholfen! Im Publizum gebe sich eine gewisse Trägheit fund; Viele meinen, die Arbeit sei mit den Erfolgen des Krieges gethan, und sie denken vielleicht, für das Uebrige werde schon Mr. v. Bismarck sorgen. Wenn wir aber jetzt nicht auch die Freiheit im Innern erstreben und die Selbstständigkeit behaupten, dann sind wir des Blutes nicht würdig, das unsere Schwestern und Brüder für uns vergossen, das unsere Väter 1812 und 18 geworfen haben. Es kommt darauf an, daß am Wahltage Niemand fehle, der unserer Sache durch Wahl des Candidaten der Fortschrittspartei irgend förderlich sein kann. (Bravo.) Bewußt weiterer Agitation sind die nöthigen Schritte gethan, und vom 8. Wahlbezirk, dem noch mehrere andere Bezirke beigetreten, ist in Bezug auf den 12. Februar nachstehender Auftrag beschlossen:

„Der heutige Tag ist von hoher Bedeutung; heute ist es in unsere Hand gegeben, zu entscheiden, ob unser deutsches Vaterland einig und frei werden soll. Mit Spannung sehen unsere Nachbarn über dem Rheine, die sich die „große Nation“ bis jetzt nennen, sehen alle Völker Europa's, sehen unsere Stammverwandten über dem Weltmeere auf die Entscheidung, die wir heute zu treffen berufen sind.

Sagen wir ihnen Allen durch unsere heutige Stimmabgabe, daß wir Hand in Hand mit unseren deutschen Brüdern im Süden des Mains eine große, einzige, freie, vom Auslande unabhängige und geachtete deutsche Nation zu bilden entschlossen sind.

Bersäume heute keiner, durch seine Stimmabgabe eine ernste Blödicht gegen sich selbst, gegen die Seinen, gegen das Vaterland zu üben. Trete Jeder heute an die Wahlurne und trage durch seine Stimme dazu bei, daß der heutige Tag als ein Ehrentag in die Jahrbücher der deutschen Geschichte eingezeichnet werden könne.

Wir haben den durch seine Wirklichkeit in unserer Stadtverordneten-Versammlung wohlbekannten, gebräuchlichen und charakterfesten Justizrat Bouës zum Manne unserer Wahl erkoren; wir erwarten mit Zuversicht, daß unsere Wahl auch die Ewigkeit sein werde.

Das Wahl-Comite der Fortschrittspartei für den achten Wahlbezirk des westl. Wahlkreises Breslau. Brof. Scheel.“

Mr. Hoffrichter leitete hierauf die Abstimmung ein, indem er sagte: Ein Candidat der anderen Partei habe bemerkt, daß Soldaten jetzt notwendiger sind als die Freiheit. Wohl ist die Erhaltung der Militärmacht zum Wohle des deutschen Volkes notwendig, da zwei Nachbarstaaten oft ihr Auge neidisch nach Deutschland richten; er sei aber der Meinung, und die Geschichte lehrt es, ein Staat ist erst dann sicher, wenn er auf die Intelligenz, die sittliche Bildung und den Wohlstand seiner Bürger, mit einem Worte, auf die Freiheit gründet ist. In diesem Sinne empfahl Redner nochmals die Candidatur des J.-R. Bouës, und die Versammlung entschied sich, wie gemeldet, einstimmig für dieselbe.

Mr. Dr. Eger beleuchtete die Vortheile des neuen Wahlrechts gegenüber dem alten, das mit allerlei Hindernissen verläuft war, sei es, daß der Wähler seine Kundschaft verlieren, sei es, daß ihm sein Amt genommen werden könne oder daß er nach der einen oder anderen Seite hin in Verlust komme. Jetzt heißt es, in aller Stille werden ziemlich nach französischem Muster Regierungs-Candidaten aufgestellt. M. h! Es gibt nichts Üblicheres als Regierungs-Candidaten. (Bravo.) Niemand kann läugnen, daß bei Feststellung der Gesetze ein Proces stattfindet. Die Regierung will so viel wie möglich ihre Oberherrschaft, das Volk so viel wie möglich seine Rechte gewährt wissen. Wer aber fragt seinen Gegner in einem Processe, welchen Anwalt er sich wählen solle? (Bravo, sehr gut!) Wou die Ausprägung? Lassen wir die Regierungsmänner über die Geschichte Deutschlands berichten und entfeindet, Wollen Sie das nicht, nun so trete jeder nach seinem freien Ueberzeugung an die Wahlurne, es ist das erste Mal, daß Niemand wissen kann, wen zum Rechtsanwalt des Volkes erwählt, als das eigene Gewissen. Und das demokratische Breslau sollte die Wahl nicht zu seinem Nutzen und Frommen treffen? Das liegt nun an Ihnen, legen Sie alle ein reines Gewissen in die Wahlurne hinein und wählen Sie den Mann, der standhaft die Volksrechte vertheidigt wird, dieser Mann ist Bouës. (Lebhafte Bravo.) Demnächst befürwortete Redner die Bildung eines neuen Bezirksvereins für den westlichen Stadtteil nach dem Vorbilde derjenigen, welche bereits in anderen Stadtbezirken entstanden sind. Mit den Vorbereitungen wurde das bisherige Comite betraut. Nachdem Redner noch einige Erklärungen über das Wahlreglement gegeben hatte, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Candidaten der Fortschrittspartei, Justiz-Rath Bouës, geschlossen.

Breslau, den 5. Februar. [Tagesbericht.]

\* \* [Von den Vorlagen] für die nächste Sitzung der Stadtverordneten, Donnerstag den 7. Februar, erwähnen wir folgende:

1) Stat für die Verwaltung des städtischen Armenhauses pro 1867. Derselbe schließt ab in Einnahme mit 2440 Thlr. und in Ausgabe mit 22,140 Thlr. und erfordert mithin einen Zuschuß von 19,700 Thlr., gegen das Vorjahr 5760 Thlr. mehr. — Die Armencommission empfiehlt die Genehmigung.

2) Antrag des Magistrats: die durch die Vereinfachung des Übersichtsplanes von Breslau entstandenen Mehrosten im Betrage von

190 Thlr. aus dem Haupt-Extraordinarium der Kammerie pro 1866 bewilligen zu wollen. — Die Bau-Commission empfiehlt: 1. den Antrag des Magistrats zu genehmigen; 2. den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, welche Einnahmen durch den Verkauf der Pläne bis jetzt erzielt worden sind.

3) Antrag des Magistrats: sich mit der Anstellung des Baumeisters Reich als Stadtbau-Inspector vom 1. Januar 1867 ab — einverständigen zu erklären. — Die Bau-Commission empfiehlt: 1. sich mit der Person des an Stelle des ausgeschiedenen Bauinspectors Krab mit einem Gehalte von jährlich 800 Thlr. als zweiter Stadt-Bauinspector anzustellenden Baumeister Reich einverständigen zu erklären, dagegen 2. sich mit einer Ascension unter den vier mit dem Charakter als städtische Bau-Inspectoren angestellten technischen Beamten, wie sie der Magistrat nach den Motiven zu seinem Antrage in Aussicht genommen, nicht einverständigen zu erklären.

4) Antrag des Magistrats: sich damit einverständigen zu wollen, daß die Kupferstich-Sammlung des emeritierten Professor Schall für die Stadt Breslau um den Preis von 4000 Thlr. erkauf und letzter aus dem Haupt-Extraordinarium der Kammerie mit 1000 Thlr. bei Übergabe der Sammlung, mit 1000 Thlr. nebst 5 p.C. Zinsen vom Tage der Übergabe nach Ablauf eines Jahres und der Überrest von 2000 Thlr. unter gleicher Verzinsung nach Belieben der städtischen Behörden demnächst entweder in zwei Raten à 1000 Thlr. am zweiten und dritten Jahrestage der Übergabe, oder zusammen mit 2000 Thlr. erst am dritten Jahrestage gezahlt werde. — Die Schulen-Commission empfiehlt: 1. den Antrag des Magistrats abzulehnen, 2. die Frage über den Ankauf der Schall'schen Kupferstich-Sammlung so lange aufzuschieben, bis die Errichtung einer Kunstabakademie zur Gewissheit geworden ist.

Motive: Die Ungewissheit, ob die Akademie wirklich errichtet werden wird und der Umstand, daß die Sammlung ohne ein solches Museum keine würdige Aufstellung finden könnte.

5) Antrag des Dr. Asch und 6 anderer Stadtverordneten: daß mit dem Beginn des Jahres 1867 der Beginn der Plenar-Sitzungen auf 6 Uhr festgelegt werde.

Motive: Die steigende Unmöglichkeit für Viele, bei den gegenwärtigen Verkehrszuständen um 4 Uhr an den Sitzungen Theil zu nehmen.

Die Wahl- und Verfassungs-Commission schlägt vor: den Antrag abzulehnen.

Motive: Die Commission hat die Frage: ob überhaupt eine Abänderung der Sitzungszeit wünschenswert sei? mit 8 gegen 5 Stimmen verneint und dadurch sich gegen den obigen Antrag, sowie gegen ein Amendement: den Beginn der Sitzungen auf 5 Uhr festzusetzen, ausgesprochen.

6) Antrag des Magistrats, sich damit einverständigen zu erklären: 1. daß die zum Bau der Rechten Oderufer-Eisenbahn abzutretenden Parcellen, wie dieselben in den beiliegenden Situations-Plänen mit roter Farbe angegeben sind, mit Ausschluß der Insel in der Oder, deren Befestigung im Interesse der Strom-Regulirung liegt und von welcher die Abtretung des Eigenthums nicht verlangt wird, der Direction der Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn-Gesellschaft für einen Durchschnittspreis von 1000 Thlr. pro Morgen und ein Theil einer Wiese bei Hundsfeld, zu Friedewalde gehörig, für den Preis von 400 Thlr. pro Morgen zum Bau der Rechten Oderufer-Bahn verkauft werden; —

2. daß an diesen Verkauf die Bedingung geknüpft wird: a. der Kaufpreis muß bei der definitiven Übergabe der einzelnen Parcellen baar entrichtet werden, b. die Gesellschaft muß die Verpflichtung übernehmen, die qu. Ländereien der Stadtgemeinde für denselben Preis zurückzukaufen, wenn der Betrieb auf der Rechten Oderufer-Bahn nicht innerhalb 5 Jahren eröffnet sein sollte, c. die Gesellschaft trägt sämtliche Kosten des Vertrages, d. die Gesellschaft verpflichtet sich, an den auf Plan 1 und 2 mit a. und b. bezeichneten Stellen Wege-Uebergänge herzustellen, und e. die auf Blatt 2 mit c., d., e., f. und g., h. i. bezeichneten Parcellen ebenfalls anzu kaufen; 3. daß der Direction geplanter Eisenbahn-Gesellschaft schon jetzt vor Abschluß des Kaufvertrages und vorbehaltlich der ad 1 und 2 vorgeschlagenen Vereinbarung event. der Expropriation die in Rede stehenden Parcellen zur Aufstellung von Baumaterialien und zum Beginn der Erdarbeiten überwiesen werden.

— Die comb. Grundeigentums- und Dekon.-Commissionen empfehlen die Annahme.

7) Antrag des Magistrats: sich damit einverständigen zu erklären, daß der Direction der Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn-Gesellschaft die unterm 20. Dezember 1866 erbetene Genehmigung ertheilt werde, zur Herstellung des Planums der Rechten Oderufer-Eisenbahn eine Ausgrabung des städtischen Hüttengelände, welches zwischen den Klein-Kletschauer Festungen und der alten Oder belegen ist, unter nachstehenden Bedingungen vorzunehmen: a. die nördliche Grenze der Ausgrabung muß nach den Bestimmungen des Deichgesetzes und die südl. mit Rückicht auf die Anlage einer Straße an der Nordseite des Bahnhofes bestimmt und die Ausgrabung selbst mit einfühigen Dossstrüngern, graden Begrenzungslinien und einer horizontalen Sohle angelegt werden; b. daß der auf genanntem Hüttengelände sich vorfindende Mutterboden abgegraben, ausgefegt und nach Vollendung der Ausgrabung — die überhaupt nur bis auf ein vielleicht unter der Verbandung liegendes Wiesen-terrain herabreichen darf — auf die Sohle derselben ausgedehnt und einplanirt werden muß; c. daß pro Schachtrute entnommene Erde von der Direction der Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn 10 Sgr. an die Stadt-Hauptkasse gezahlt werde. — Die Grundeigentums-Commission empfiehlt: den Antrag des Magistrats in allen seinen drei Theilen mit der Maßgabe zu genehmigen, daß ein Maximum festgesetzt werde, nach welchem die Ausschachtung statzustinden habe.

8) Antrag auf Genehmigung des Bauplanes für das Magdalenen-Gymnasium und Bewilligung der Kosten in Höhe von 59,660 Thlr. — Das magistratliche Programm für diesen Neubau lautet: Das Magistrats-Collegium hat am 23. Februar 1866 beschlossen, daß die gegenwärtigen Raumbedürfnisse des Magdalenen-Gymnasiums dem Neubau derselben nicht zu Grunde gelegt, sondern für diesen ein neues Programm aufgestellt werden soll.

Diesem Beschlusse liegt die Absicht zu Grunde, bei dem Neubau die Klassenzahl zu reducirend und der zu großen Ausdehnung des Gymnasiums für die Zukunft vorzubereugen.

Diese Reduction wird darin bestehen können, daß:

a. die Vorhallsklassen wieder auf 3 zurückgeführt,  
b. die Parallellklassen befreit werden,

wodurch das Gymnasium auf ein für den Unterricht zweckmäßiges, der Übersicht und Direction förderliches Maß zurückgeführt wird.

Nimmt man an, daß sämtliche Klassen von Secunda bis Tertia in eine obere und untere Abtheilung in verschiedenen Räumen und mit gesondertem Unterricht getrennt werden, so giebt dies mit Hinzurechnung der drei Vorhallsklassen 14 Klassen oder, wenn auch noch Prima getheilt werden sollte, 15 Klassen. Dieselbe Zahl ist bei dem Programm zum Johannes-Gymnasium zu Grunde gelegt worden.

Es ist anzunehmen, daß diese Zahl von Klassenzäumen nebst Prüfungssaal, Zeichensaal, physikalischen Cabinet und einer Directorial-Wohnung in der dem zeitigen Herrn Stadt-Baurath projektierten Ausdehnung in einem Gebäude von drei Etagen incl. des Erdgeschosses Platz finden werden.

Wenn bei dem Wiederumzuge des Magdalenen-Gymnasiums aus der Paradiesgasse nach dem Neubau ein Theil der Schüler resp. Lehrer in dem Johannes-Gymnasium verblebt, so wird das letztere außerdem noch für 200—300 neue Schüler Raum bieten, indem dann beide Gymnasien 27—28 Klassenlokale erhalten werden.

Die vereinigten Schulen- und Bau-Commissionen empfehlen: 1) dem Beschlusse des Magistrats in dem Programm vom 4. März

1866, dem Neubau nicht die gegenwärtigen Raumbedürfnisse des Magdalenen-Gymnasiums zu Grunde zu legen, beizutreten, — 2) den Neubau des Gymnasiums nach dem vom Magistrat vorgelegten, durch Zeichnungen, Erläuterungsbericht und Kostenanschlag erläuterten Plane, wonach Raum für 15 Klassen geschaffen werden soll, zu genehmigen und die dazu erforderlichen Geldmittel im veranschlagten Betrage von zusammen 59,660 Thalern dem Antrage des Magistrats ad 2 entsprechend zu bewilligen, — 3) den Magistrat zu ersuchen, bei der Ausführung nach diesem Plane die Modification einzutragen zu lassen, daß statt der im Project angenommenen Ofenheizung für die Klassen- und anderen Räume eine für die Erwärmung sämtlicher Localitäten dienende Wasserheizung eingerichtet werde.

9) Antrag des Magistrats: sich damit einverständigen zu erklären: 1) daß die staatliche Vergütung für die innerhalb der Mobilmachungsperiode 1866, d. i. vom 6. Mai bis ult. September, an mit Kost einquartiert gewesene Militärpersonen seitens der Quartiergeber zu verabreichen gewesene Mundversiegung mit 6055 Thlr. alsbald gezahlt, sowie in Höhe von 515 Thlr. 15 Sgr. aus den bereitesten Beständen der Stadt-Haupt-Kasse vorschußweise entnommen und der geleistete Vorschuß durch die aus der Staatskasse zu gewährenden Gelder demnächst gedeckt werde; — 2) daß nach vorangegangener öffentlicher Bekanntmachung die Auszahlung dieser Verpflegungs-Vergütung an die Quartierträger durch die Haushalter in gleicher Weise erfolge, wie sie nach Nr. 3 des dortseitigen Beschlusses vom 14. Juni 1866 — Nr. 629 — der Commune gegenüber zur Unterbringung der Einquartierung verpflichtet waren. — Die betreffende Commission empfiehlt die Genehmigung.

In derselben Sitzung werden die neu- resp. wiedergewählten Stadträthe Herren Claassen, Friedenthal, Grabowski, Hyauf, Nöslar, Seidel und Trewoldt verpflichtet werden, und sind deshalb die Mitglieder des Stadtvorordneten-Collegiums aufgefordert worden, bei diesem Act in Amtsstracht zu erscheinen.

Heut Vormittag während der Plenar-Sitzung des Magistrats-Collegiums wurden die neugewählten und bestätigten Stadträthe, Herren Bankier Fidur Friedenthal, Chocoladenfabrikant B. Hyauf und Bartholomäus Roessler durch Herrn Oberbürgermeister Hobrecht in das Magistrat-Collegium eingeführt.

— nn. [Bon der Universität.] Heute sandt in der philosophischen Fakultät eine Promotion statt. Herr Julius Treutler vertheidigte seine philosophische Abhandlung: „Homeri Jovis epitheta comparantur cum Hesiodes“ öffentlich gegen seine Gegner, die Herren W. Wegehaar, sem. reg. sod. Meissner, stud. phil. und Frank, stud. phil., und wurde darauf zum Dr. philos. proklamirt.

pp. Bemerklich meldeten sich in Folge der Mobilmachung eine große Zahl der biesigen Studenten zum einjährigen Dienst (im Mai), wurden sofort eingekleidet und in kurzer Zeit aussercirt, so daß ein großer Theil derselben auch auf den Kriegsschulplatz abgegangen ist. Während in der Friedenszeit ein Vierteljahr dazu gehört, um den einjährigen Freiwilligen dem Bataillon als aussercirt zuzuordnen, waren die oben genannten bereits während dieser Zeit auf den Schlachtfeldern, und wenn sie auch ihre Bravoue vor dem Feinde nicht haben beweisen können, da keine Schlachten mehr geschlagen wurden, jo haben sie doch ebenso Tapferen genug ausstehen müssen und geben wir uns der Hoffnung hin, daß ihnen in Rücksicht auf das vergangene Jahr 1 oder 1½ Monat ihrer Dienstzeit erlassen werden würde und sie, wie gewöhnlich, am 1. April entlassen werden würden. Dies scheint jedoch nicht so zu sein, da, wie wir hören, einige derselben ein Gefecht an den hohen Rädern der Universität Breslau abgesetzt haben, damit derselbe sich für sie beim Kriegsministerium verwenden möchte, daß sie im April entlassen werden könnten. Dies Gefecht liegt nur beim Oberpeebell Hrn. Heinrich zur Unterzeichnung der übrigen Freiwilligen aus.

— bb. [Bon der Oder.] Heute sandt in der philosophischen Fakultät eine Promotion statt. Herr Julius Treutler vertheidigte seine philosophische Abhandlung: „Homeri Jovis epitheta comparantur cum Hesiodes“ öffentlich gegen seine Gegner, die Herren W. Wegehaar, sem. reg. sod. Meissner, stud. phil. und Frank, stud. phil., und wurde darauf zum Dr. philos. proklamirt.

— Das Wasser ist demnach im Fallen. — In Brieg ist dies natürlich auch der Fall. Gestern Abend 7 Uhr zeigte dort der Ober-Biegel 17' 9", Unter-Biegel 11' 5", heute Morgen 9 Uhr Ober-B

(Fortschreibung.)  
schließlich Magistratsmitglieder, Stadtverordnete oder magistratualische Beamte, auf dem Lande meist Geistliche, Gutsbesitzer und Ortsrichter bestellt. — Die Alliberalen, die diesmal die Freude haben, einen der Thriegen als Regierungs-Candidaten aufgestellt zu sehen, haben nun schon einige Versammlungen abgehalten, um einen Auftrag an die Wähler festzustellen. Ein solcher war bereits fertig, als gestern der „Anzeiger“ die Rede des Abg. v. Carlowitz vom 11. Septbr. 1866 brachte und die Alliberalen veranlaßte, nochmals zu einer neuen Redaction des Aufrufs zusammenzutreten. Unterzeichnet werden soll der Aufruf von sämmtlichen Mitgliedern der Partei, beiläufig nicht ganz einem halben Hundert. Auch Herr v. Seydewitz hat jetzt sein Programm veröffentlicht. Auch er erklärt, die deutsche Politik Bismarck's unterstützen zu wollen. Dann heißt es weiter: „Das angestrebte hohe Ziel macht es unerlässlich, daß die in Preußens Hände zu legende Centralgewalt mit dem Oberbefehl über Heer und Marine besetzt, daß ihr allein die diplomatische Vertretung des Bundes übertragen werde, daß auf sie die Leitung der wichtigeren Verkehrs-Anstalten übergebe, daß eine einheitliche Gesetzgebung auf die allgemeinen Interessen beruhenden Gebieten erstrete, daß überall Recht und wahre Freiheit und die geistige und leibliche Wohlfahrt der Bevölkerung gefordert werde und sich entfalte. Denjenigen Beschränkungen ihrer Gewalt, welche im Interesse des Ganzen hier nach unerlässlich sind, werden sich die verbündeten einzelnen Regierungen von vorne herein unterwerfen müssen, wenn nicht die alte Zivilehracht wieder auferleben soll; im Übrigen aber gebietet es Recht und Billigkeit, die einzelnen Länder und Stämme in derjenigen Selbstständigkeit, welche hiermit vereinbar ist, in der Wahrung ihrer Eigenart zu achten und zu schützen. Gegenüber dem großen Gesamtziel, das aus Einigung des deutschen Volkes und auf Stärkung seiner Macht und seines Ansehens gerichtet ist, müssen einzelne hin und wieder angeregte Fragen in den Hintergrund zurücktreten, das Werk der Einigung darf an diesen Fragen nicht scheitern! An diesem Werke, an seiner Begründung und feilen Gestaltung mitzubauen, das nenne ich die schwere, aber ehrbare Aufgabe der in das norddeutsche Parlament zu berufenen deutschen Männer!“ — Als Programm eines streng conservativen Candidaten bezeichnet dasselbe einen gewaltigen Fortschritt! — Um in bieger Stadt das Interesse für das Theater zu weden, hat sich, wie schon gemeldet, eine Anzahl von Männern debuss Bildung eines Theatervereins zusammengeschlossen. Ein von diesen entworfenes Statut und ein Kostenanschlag sollen einer zum 6. Februar berusenen Versammlung vorgelegt werden. — Der Handwerkerverein feierte am Sonnabend im Heldischen Local ein zweites Sitzungsfest, welches durch eine treffliche Rede des stellvertretenden Vorsitzenden, Corrector Groß, über das Thema: „Bildung der Weg — Freiheit das Ziel“ eingeleitet wurde.

Glogau, 5. Februar. [Zur Wahl.] In Politzik stand am Sonnabend eine ziemlich zahlreiche Wahlversammlung statt, in welcher Herr Appellations-Gerichts-Rath Dr. Falt sich in einer längeren Rede in derselben Weise wie hier in Glogau aussprach. Die Versammlung dauerte etwa eine Stunde und bot außer der Rede des Herrn Candidaten nur noch ein besonderes Interesse dadurch, daß Herr Pastor Aulich seine Befürbniß darüber aussprach, daß Herr Dr. Falt die Bezeichnung „conservativ“ von seiner Person so entziehen von sich wolle. In lebhafter Erregtheit behauptete Herr Pastor Aulich, daß es die Conservativen gewesen, die die Kriege von 1813 und 1866 eigentlich mit Patriotismus geführt haben, die Liberalen wären nur durch die Macht der Ereignisse mit fortgerissen worden, zumal sie gegen den Krieg gewesen seien. Nach dem, was Herr Dr. Falt gesprochen, sei er jedoch überzeugt, daß Herr Dr. Falt conservativer sei, als er es aus seiner Rede heraus merken lassen wolle und deshalb werde er bei der Wahl für ihn stimmen. — Nach den Mitteilungen unserer Gewährsmänner werden die Liberalen in Politzik an der Wahl des Herrn Rechtsanwalt Haack festhalten und betrachten man die Wahl derselben in Politzik und Umgegend für vollständig gesichert.

(Niederschles. Anz.)

+ Neusalz, 4. Febr. [Zur Wahl.] Wohl aus dem triftigen Grunde, weil die Wahlbewegung hier noch gar nicht organisiert ist, war auf gestern anonym zu einer Wahlbesprechung im großen Gasthause eingeladen worden. Etwa 50, worunter einige Auswärtige, hatten der Einladung Folge gegeben. Die Versammlung, welcher Kaufmann Pietsch (von Beuthen) präsidierte, stimmte nach eingehender Besprechung der Bedeutung der Wahl und der Candidaten darüber ab, welchen Candidaten sie dem Wahlkreis als Abgeordneten vorschlagen wolle? Sämtliche Stimmzettel bis auf 4 trugen den Namen des Dr. Verndt in Freistadt. Dieses Resultat ist ein um so erstaunlicheres, als nunmehr in den öffentlichen Wahlversammlungen der 3 größten Städte unseres Wahlkreises: Grünberg, Freistadt und Neusalz der Dr. Verndt als einziger Candidat der liberalen Partei angenommen und hiermit ein glänzender Ausfall der Wahl in unserem Kreise wahrscheinlicher geworden ist. — In der Versammlung fand übrigens das =y= Referat aus Beuthen keine Berichtigung. Die Versammlung in Beuthen war von Conservativen durch Circular für Conservative verursacht und endigte mit dem für die Conservativen ebenso ungünstigeren als für die übrigen alterproven Erfahrungsfähigkeit der Beuthener sprechenden Resultate, daß für den reaktionären Candidaten v. Grävenitz nur 18 und dagegen für die beiden mehr oder weniger liberalen Candidaten Krause und Verndt 21 Stimmen abgegeben wurden, also der Zweck der Versammlung, die Reclame für die Wahl des v. Grävenitz, vollständig verfehlt war. Der 12. d. Mts. wird zeigen, daß in Beuthen's aufgelläuterter Bürgerschaft die Reaction keinen Anhang hat, und daß Beuthen dem von der überwiegenden Mehrheit der Liberalen im Wahlkreise proklamirten Dr. Verndt auch seinerseits die Stimme giebt.

Biegnitz, 4. Febr. [Zur Wahl.] Zu der gestern Nachmittag in Goldberg stattgehabten öffentlichen Versammlung zur Besprechung der Wahlangelegenheiten batten sich gegen 300 Wähler eingefunden. Dieselbe wurde durch Hrn. v. Diezelski eröffnet, worauf die Ansprache des Hrn. Gerichtsrath a. D. Ahmann nicht der Entgegennahme desselben auf den von der Gegenpartei erlassenen Aufruf der Versammlung mitgetheilt wurde. Sodann erging Hr. Stadtoberordnete Vorster Radisch das Wort. Derselbe wies auf die große Wichtigkeit der jüngsten Wahlen hin und empfaßt eine allgemeine Beteiligung, worauf er das Wahlreglement und die dabei hauptsächlich zu beobachtenden Formalitäten erläuterte. Es wurde sodann zur Abstimmung gesetzt, ob die von dem Wahlcomite aufgestellte Candidatur unterstützt würde, und es entschied sich die Versammlung bis auf zwei dissentirende Abgeordnete, daß die Stimmen bei der Wahl zum Parlamente auf den bisherigen erprobten ehrenwerten Vertreter des Kreises Hrn. Gerichtsrath a. D. Ahmann wieder zu vereinigen. — Nachdem Donnerstag den 7. d. Mts. findet in Parowitz eine Versammlung liberaler Wähler statt. (Stadtbl.)

Bunzlau, 4. Febr. [Wahl.] An den für Montag, den 28. d. M., von conservativer Seite ausgeführten allgemeinen Wahlversammlung hatten sich nur einige conservative Wähler beteiligt, und auch diese nur, um von dem Resultate dieser Wahlversammlung Kenntnis zu nehmen, nicht weil sie die Hoffnung gehabt hätten, die Wahl zu ihren Gunsten auf den Candidaten der conservativen Partei zu lenken. Deshalb erging auch keiner von ihnen das Wort. Dagegen wurde in der gestrigen Versammlung des conservativen Vereins, welche von mindestens 150 Theilnehmern besucht war, der Appellations-Gerichts-Pfleider Graf Ritterberg zu Glogau wiederum als Candidat für die Wahl zum norddeutschen Parlament aufgestellt und einstimmig angenommen.

E. Hirschberg, 4. Febr. [Hr. Professor Dr. Köppel] traf gestern mit dem Mittagzuge hier ein, um in der in der Turnhalle angefeierten Wählerversammlung vor seinen Wählern zu sprechen. Unter Applaus betrat er die Tribüne und begann wie folgt: Ich danke Ihnen für das Vertrauen und freue mich um so mehr über die Theilnahme, als ich bei meiner Ankunft hier ein Gegenstück in einem Blatte, das mir in die Hände kam, fand, im „Gebingsboten“, in welchem die „Kriegervereine“ durch einen Aufruf gewarnt werden, einen Fremden zu wählen. Warum sollte man keinen „Fremden“ wählen, d. h. doch beim preußischen Soldaten kein Unterschied zwischen einem Hirschberger, Schönauer, Breslauer, u. s. w. gemacht werde, gleichviel ob seine Wiege an den Wogen der See oder an dem blauen Riesengebirge stand. Glauben denn die Herren, daß man unsere Soldaten beim „Sturm“ gefragt habe, ob sie Hirschberger oder Schönauer seien. Sie sollen aber auch wählen einen Führer zur Schlacht für die Einheit Deutschlands, nicht bloß einen Hirschberger oder Schönauer, sondern auch einen von Ihnen, denn wir sind ja alle Preußen. M. h. So ganz Unrecht haben sie doch nicht und ich muß hinzufügen: ein Fremder bin ich Ihnen von Person; die große Masse von Ihnen weiß von mir sehr wenig und ich muß bitten, das Vertrauen der Comitemitglieder auf mich überzutragen.

Es ist uns ja allen, so jung oder alt wir sind, bekannt, daß unsere Nation seit 50 Jahren nach Einheit strebt. Der Gedanke wurde in den Freiheitskriegen gegeben u. s. w. Ich muß Sie heute, den 3. Februar, an den 3. Februar 1813 erinnern. Friedrich Wilhelm III. erließ den Aufruf an

sein Volk, damit es mit ihm zusammen „mit Gott für König und Vaterland“ in den Kampf für die deutsche Unabhängigkeit gehe, um die Selbstständigkeit wieder zu gewinnen. Und der König ruft jetzt wieder, um die 1813 gewonnene Unabhängigkeit sicher zu stellen durch Einheit. Fragen wir nun, woher es gekommen, daß wir sie bis jetzt nicht erlangt haben, so ist der Grund kein anderer, als die Zerrissenheit, die uns ohnmächtig gemacht hat. 50 Jahre lang haben wir nach der Einheit gestrebt und geglaubt, wir würden vorwärts kommen, wenn wir durch andere Staaten zur politischen Einheit kämen. Aber in keinem europäischen Staate ist es zu einer dauernden politischen Einheit gekommen, während dies nur in einzelnen auf kurze Zeit geschah, ihre Freiheit aber wieder von den nächsten Wogen der Zeit hinweggeweckt wurde. Wenn jedoch in einem großen Staate und großen Volke alle geistigen Kräfte in einem Mittelpunkte sich sammeln, so wird das Ziel viel leichter zu erlangen sein, als durch die Freiheiten Oldenburgs, Sachsen-Weimars z. c. Wie gesagt, die Zerrissenheit ist nichts der Feind unserer Einheit gewesen und führte uns zur Ohnmacht nach außen und innen. War es nicht möglich, den Punkt zu finden, um auf ihn das Werk deutscher Einheit zu bauen? Der Hauptgarant der Zersplitterung war Österreich und Preußen nebeneinander. Dem Schicksal entging Niemand und das Resultat dieser beiden Staaten war, daß keiner dem andern sich unterordnen konnte und dies der Grund, daß keine Einheit zu Stande kam. Da Österreich mit seinen vielen Nationen und nicht mit geworden, in Preußen jedoch alles deutlich ist, wo sollte da eine Übereinstimmung in allen Fragen kommen? Die Macht beruht auf der inneren Einheit und darum, weil beide neben einander standen, war dies unmöglich. Diese Verhältnisse wurden im letzten Sommer gebrochen und — wie schwer es auch Sr. Majestät wurde, in den Krieg zu gehen, so mußte es geschehen, weil es eine Lebensfrage für Preußen war u. s. w. Bedenken Sie, Friedrich Wilhelm IV. erließ Orlitz, weil er sich schaute, das Schwert zu ziehen, und man wußte schon damals, daß Österreich sein Opfer an thauern sein würde, sein Ziel zu erreichen, doch weil wir den Mut nicht hatten, erlebten wir Orlitz und das Jahr 1858. Nun, meine Herren, die Zeiten sind vorbei. Wie Friedrich Wilhelm III. die Unabhängigkeit Deutschlands mit seinen Soldaten zu erringen wußte, so heute Wilhelm I. Wir haben schon einmal in Deutschland ein Parlament gehabt; wie viel anders stehen wir heute zu dem von 1848. Der Unterschied ist durchschlagend für die Aufgabe und Wahl dessen, was dort geschehen soll. Früher wußte kein Mensch: wie? und jeder schrie: „Das ganze Deutschland soll es sein“ — aber keine Partei stimmte mit der anderen überein, und als die Abgeordneten, die geistige Blüthe Deutschlands, in der Paulskirche zusammen kamen, da war es nicht anders wie im ganzen Lande. Monate lang dauerte es ehe nur etwas geschah. Die einen wollten die Centralgewalt nur einem Kaiser, die andern den drei größten Mächten Deutschlands u. s. w. untertragen und es ließen in allen anderen Fragen die Ansichten auseinander. Darum monatelang dauernde, unendliche Kämpfe und darum mit Mühe und Roth, die mit einer kleinen Majorität herausgebrachte Kaiserwahl. Das jetzige Parlament hat ganz bestimmte Aufgaben und Ziele zu erreichen, von denen nur Particularismus und Ultramontane nichts wissen wollen. Die, welche jetzt hinkommen, sind einzig darüber, daß Preußen an der Spitze Deutschlands die Militär-Centralgewalt z. c. haben soll, Punkte, die nicht nur für das Ganze — sondern auch für jeden Einzelnen — Nutzen haben sollen. (Bravo.) An diesen Punkten hat die liberale Partei unter Roth und Kämpfern allein festgehalten, während die Conservativen so lange davon nichts wissen wollten, in lange die Regierung davon nichts wissen wollte. Unter den preußischen Abgeordneten für dieses Parlament wird kein Einziger sein, welcher nicht wirken wird für die preußische Militärgewalt, unter der der König nicht erst andere Fürsten lange zu fragen hat, ob dies oder jenes geschehen könne und dies heißt man eine eingreifende Centralgewalt. Andere Fragen sind die — Freiheitsfragen, mit kurzen Worten: die Befreiung der Grundrechte hat in der Paulskirche monatelang gedauert. Wünschen Sie, daß dieses Parlament wieder Monate damit zubringe? Ich kann es nicht glauben. Ich bin der Meinung, daß alles practisch, so kurz wie möglich, gemacht werde. In erster Reihe die Einheitsfrage und die Machtfrage z. c. Es ist dies besser, als ein langer Streit über die Freiheit, bei welchem wir schlechter stehen würden, wie 1848. Was sollte dann auch werden? Wenn das Parlament sich mit der Regierung nicht einigen könnte, bleibt dieser die Führung durch den Bundesrat allein — ohne Parlament. Welchen Jubel würden die feindlich gesetzten Länder, die hannoveranischen Junker, welchen Jubel den Gegnern in Petersburg, Paris, München u. s. w. erwarten, wenn das mit den Waffen begonnen Werk scheiterte. Es sind dies so schwere Gedanken, daß es aller männlichen Besinnlichkeit bedarf, um hinzuzuhören und zu sagen: Du hast alles aufzubieten, daß die Einigkeit kommt, damit die deutsche Sache fest stehen bleibe. 1848 weigerte sich Friedrich Wilhelm IV., gewisse Artikel in der Verfassung aufzunehmen, die er von seinem Standpunkte nicht aufnehmen konnte. Wir können darüber, wie über die Nominierung der Kaiserkrone, unsere Meinung haben. Aber diese Artikel entstanden durch eine unnatürliche Alliance zwischen den äußersten Linken und Rechten, der äußersten Linken und Österreich, der äußersten Linken und den Ultramontanen. Und diese stimmten damals mit der äußersten Linken, weil sie richtiger sahen, weil sie Friedrich Wilhelm IV. Verhältnis kannten, der, je mehr Freiheit in der Verfassung, je weniger bereit war, sie anzunehmen z. c.“ Der Redner glaubt nicht, daß Bismarck sich loslösen in die liberalen Flüthen stürzen werde. „Aber er hat uns aus den alten Verhältnissen herausgerissen und kann das Werk der Einheit nicht ohne die Hilfe der Nation vollenden. Das ist der Unterschied von 1848.“ Mit einem Hinweis auf einen Artikel der „kleinen Morgen-Zeitung“ (Breslau) bespricht Herr Köppel nun den Punkt über die Armee. „Wir sollen wählen“, sagte er, „und fühlen uns, indem wir es thun, als Deutsche fühlen, empfinden wir auch die unumstößliche Wahrheit tiefs, daß Preußen der Kern und Keil für das zukünftige Deutschland ist und wenn es wankt, Deutschlands Zukunft erschüttert“. Darum ist die Macht der Arme nothwendig, sie muß den Ausdruck geben. Ich bin überzeugt, daß man mit Begierde auf eine schwache Preußens lauert. Wenn die Einheit da ist, hört jedoch die Ohnmacht auf. Bis jetzt mußte man in fernen Ländern nichts von einem deutschen Consul und einer deutschen Macht. M. h., ich glaube, hier ist kein Einziger absolut, keiner, der nicht den Grundzähler der Armeecorganisation, den der allgemeinen Wehrpflicht billigt. Wenn aber die Arme die Einheit durchführen soll, so folgt, daß sie auch größer werden müssen; die Arme ist der Hauptpfeiler des zukünftigen Zustands und ich werde nie dafür stimmen, sie zu schwächen u. s. w.“ Ueber die Diätenfrage äußert sich der Vortragende: „Ich wette 10 gegen 1, daß die Überzahl der Abgeordneten zum Parlament in die Hände der Conservativen fällt. So lange aber diese Partei nicht offen und ehrlich unsere Verfassung nicht zu Recht anerkennt, so lange an der das nichts umgevogen wird, so lange die Reaction ihr Gesicht nicht undemaskirt zeigt, so lange können Diäten nicht wegfallen. Das Budget steht wohl hier.“

Herr Köppel nimmt den Punkt über die Armee. „Wir sollen wählen“, sagte er, „und fühlen uns, indem wir es thun, als Deutsche fühlen, empfinden wir auch die unumstößliche Wahrheit tiefs, daß Preußen der Kern und Keil für das zukünftige Deutschland ist und wenn es wankt, Deutschlands Zukunft erschüttert“. Darum ist die Macht der Arme nothwendig, sie muß den Ausdruck geben. Ich bin überzeugt, daß man mit Begierde auf eine schwache Preußens lauert. Wenn die Einheit da ist, hört jedoch die Ohnmacht auf. Bis jetzt mußte man in fernen Ländern nichts von einem deutschen Consul und einer deutschen Macht. M. h., ich glaube, hier ist kein Einziger absolut, keiner, der nicht den Grundzähler der Armeecorganisation, den der allgemeinen Wehrpflicht billigt. Wenn aber die Arme die Einheit durchführen soll, so folgt, daß sie auch größer werden müssen; die Arme ist der Hauptpfeiler des zukünftigen Zustands und ich werde nie dafür stimmen, sie zu schwächen u. s. w.“ Ueber die Diätenfrage äußert sich der Vortragende: „Ich wette 10 gegen 1, daß die Überzahl der Abgeordneten zum Parlament in die Hände der Conservativen fällt. So lange aber diese Partei nicht offen und ehrlich unsere Verfassung nicht zu Recht anerkennt, so lange an der das nichts umgevogen wird, so lange die Reaction ihr Gesicht nicht undemaskirt zeigt, so lange können Diäten nicht wegfallen. Das Budget steht wohl hier.“

S. Strehlen, 4. Febr. [Zur Wahl.] Nach Absendung meines gestrigen Berichtes hat hier eine vorher nicht öffentlich annoncierte Befreiung über die Wahl zum norddeutschen Parlamente stattgefunden. Als Hauptredner betheiligten sich dabei die Herren Lehrer Simola aus Ohlau und Dr. Meissner aus Wanzen. Die zahlreiche Versammlung einigte sich über die Candidatur des Herrn v. Binde-Olbendorf, für welche auch dem Vernehmen nach der Nimptscher Kreis sich entschieden hat. Man beschloß, für diese Wahl in den drei Kreisen möglichst wirksam zu sein und glaubt, dieselbe als gesichert ansehen zu können.

Oppeln, 4. Febr. [Wahl. — Landrat. — Garnisonwesen. — Schöpfergericht.] Während aus fast allen Kreisen über Versammlungen zur Befreiung der bevorstehenden Wahl für den Reichstag des norddeutschen Bundes berichtet wird, befinden wir uns nicht in der Lage, ein Gleicht zu thun, da eine derartige öffentliche Versammlung hier wieder von liberaler noch conservativer Seite seither anberaumt worden ist; wir können aber nach Allem, was verlautet, die ziemlich sichere Vermuthung aussprechen, daß die Wahl in den drei Wahlkreisen auf den Herzog von Ratibor fallen wird. Beabsichtigt man auch hier und da am heutigen Orte, dem Staatsminister a. D. Grafen v. Büdker auf Schedau die Stimme zu geben, so dürfte diese Stimmenzahl doch voraussichtlich einen verschwindenden Theil gegen die dem Erbprinzen zufallenden Stimmen des Landes beibehalten. Als Wahl-Commissarius fungiert der Reg.-Assessor Triest, welcher seit dem Dahmeischen des Kreisdeputirten Grafen Bünau mit der Verwaltung des heutigen Landratsamtes betraut ist und dessen Verwaltung durch den allerhöchsten Orts zum Landrat designirten Baron v. Dalwigk auf Dombrowa verwalte. — Zu den Städten, welche mit Rücksicht auf die über 10,000 Seelen betragende Einwohnerzahl zur Garnisonstadt erster Klasse erhoben worden sind, gehörte von Anfang d. J. ab auch Oppeln, was bezüglich des nunmehr erhöhten Servises für das an Militärpersonen vom Feldweibel oder Wachtmeister abwärts, an Unterärzte, Büchsenmacher, Sattler und für kriegliche Dienstferde gewährte Naturalquartier z. c. von Wichtigkeit ist. — Mit dem heutigen Tage hat hier selbst die erste diesjährige Sitzungsperiode des Schöpfergerichts unter dem Vorsteher des Kr.-Ger.-Directors v. Kunowski aus Beuthen begonnen und wird einen Zeitraum von 6 Tagen in Anspruch nehmen.

Ratibor, 4. Febr. [Zur Wahlfreiheit auf dem platten Lande.] Welche Anschauung man bei uns von der gesetzlichen Wahlfreiheit hat, möge folgendes Beispiel lehren: Kürzlich hielt in einem Dorfe der bereits zum Wahlvorsteher ernannte Schöpfer eine Gemeinde-Versammlung ab, worin er die Einwohner über die Art und Weise, wie die Wahl stattfinden würde, belehrte, und wie sie sich dabei zu verhalten hätten. Er zeigte einen mit dem Namen des fürstlichen Regierungs-Candidaten bedruckten und zu Wahlzetteln bestimmt ganzen Bogen vor, mit der Anweisung, daß sich jeder Wähler am Wahltag in einer Nebenstube des eigentlichen Wahlzimmers von ihm oder seinem Stellvertreter einen solchen Bogen abnehmen lassen und denselben dann in der zweiten Stube abgeben müsse. Auf solche Art ließ sich freilich eine Controle über die Stimmen-Abgabe bewerkstelligen! — Wenn aber nach dem Gesetz die Wähler bereits mit einem ausgefüllten, d. h. außerhalb gefertigten Wahlzettel im Wahllokal erscheinen sollen und wenn deswegen dort z. B. kein Schreibzeug für die Wähler sein darf, so darf ebenso auch ihnen nicht erst im Wahllokal vom Vorsteher der sofort abzuliefernde Bogen gegeben werden. Und zum Wahllokal gehört das ganze Local, also auch die Nebenräume, worin sich gerade immer der ganze Wahlvorstand aufhält. — Wenn auf dem Reichstage die Wahlprü-

veranstaltete eine Sammlung, deren Ertrag von über 9 Thlr. dem Sergeanten Weber überwacht werden soll.

Jauer, 5. Februar. [Kirchhof-Angelegenheit. — Verschiedenes.] Für den Kirchhof bei der hiesigen ev. Friedenskirche war schon seit Jahren eine Vergrößerung notwendig, da die vorhandenen Begräbnisstellen nicht mehr ausreichten. Das Kirchen-Collegium kaufte daher im Laufe des vergangenen Jahres einen an den Friedhof stogenden Garten des Herrn Landrath v. Stahl. Dieser Garten umfaßt eine Fläche von 5 Morgen und es wurden dafür, incl. zweier Wohngebäude und einer Scheune, 8000 Thlr. gezahlt. Die Genehmigung zu der Erweiterung des Kirchhofes ist von Seiten der vorgesetzten Behörden bereits erfolgt. Der Kirchhof liegt aber in einer dicht bebauten Vorstadt, für deren Bewohner die unmittelbare Nähe des Kirchhofes bei Epidemien nicht gerade vortheilhaft sein kann. Die Stadtverordneten-Versammlung hat, nachdem das Kirchen-Collegium auf das Ersuchen, einen neuen Kirchhof außerhalb der Stadt anzulegen, nicht eingegangen ist, in der heutigen Sitzung beschlossen, eine Deputation an das Ministerium nach Berlin zu schicken, welche an höchster Stelle ganz entschieden für Abhaltung eines neuen Begräbnisplatzes außerhalb der Stadt wirken soll. Die städtischen Behörden haben außerdem noch Veranlassung, für einen großen, außerhalb der Stadt gelegenen Kirchhof zu sorgen, da in nächster Zeit der katholischen Kirchengemeinde ein neuer Begräbnisplatz wegen Überfüllung des bisherigen geläuft werden muss. — Unter früherer Bürgermeister, Herr Weise, der vor 3 Jahren nach Naumburg a. d. Saale als Stadtrath berufen wurde, ist dort im Laufe des letzten Monats zu dem ehrenvollen Amte eines Bürgermeisters gewählt und bestätigt worden. — Mit dem Abbruch der alten Stadtmauer wird nun endlich ein ganz bescheidener Anfang gemacht. Am Striegauer Thore ist bereits ein Stück abgetragen und mit der Mauer am Wollenhainer Thore soll nächstens auch begonnen werden. Wir möchten dem Werke der Abtragung dieselbe Energie und Schnelligkeit wünschen, mit der neue, segensvolle Einrichtungen für unsere Stadt im Laufe der letzten Jahre begonnen und ausgeführt wurden. — Was die geselligen Vergnügungen der verschiedenen Vereine anbelangt, so muß besonders hervorgehoben werden, daß man sich diesen Winter nicht ausschließlich mit Tanz begnügt, sondern auch andern Bestrebungen huldigt. Die „Revue“ bietet ihren Mitgliedern außer den neu arrangernden Musik-Abenden, an welchen Aufführungen von Gesang- und Flügel-Piecen mit einander wechseln, auch sorgfältig einstudirte und gelungen aufgeführt Theater-Aufführungen. Zur Turnvereine reicht sich an die bereits in dieser Zeitung erwähnten theatralischen Aufführungen von Zeit zu Zeit eine neue Darstellung kleiner Lustspiele und Possen.

a. Schweidnitz, 3. Februar. [Städtisches Krankenhaus. — Gewerbeverein.] Im Jahre 1866 wurden 670 Personen im städtischen Krankenhaus behandelt und zwar 355 in der Anstalt selbst, während die übrigen 315 nur ärztlichen Rath und chirurgische Hilfeleistung dagegen empfingen. Von den 355 stationären Kranken wurden 236 geheilt, 11 ungehe

fungen auch schwierig sein dürfen, so werden sie dennoch nicht gänzlich unterbleiben dürfen.

+ Natiborhammer, 4. Febr. [Sechzehnter Jahresbericht des Hospitals zu Wiese-Pauliner bei Ober-Glogau.] Dem 16. Jahresbericht über die in der Kranken-Heilanstalt der barmherzigen Schwestern zu Wiese-Pauliner bei Ober-Glogau im Jahre 1866 aufgenommenen und verpflegten Kranken entnehmen wir Nachstehendes. Die Gesamtzahl der Kranken betrug 520, von denen 472 geheilt, 10 erleichtert wurden, 4 ungeheilt ausgetragen, 14 starben und 20 in der Pflege verblieben. Von diesen Kranken waren während des vorjährigen Krieges, sowie nach demselben 80 Militärpersonen in dem eingeschlossenen Bereichs-Reserve-Lazarett aufgenommen worden, welche daselbst durch 2335 Tage unentbehrliche ärztliche Behandlung, Verpflegung und Belästigung erhielten. Nur einer davon starb am Opfer. Der Kreis Neustadt hatte wiederum wie alljährlich die bedeutende Quote von 393 Kranken gestellt. Von den Kranken gehörten 481 dem katholischen, 37 dem evangelischen, 2 dem jüdischen Glauben an. Außerdem fanden sich noch 1215 Patienten in der Heilanstalt zu Zahnooperationen, Überläufen, chirurgischen Verbänden und zu innerer Behandlung ein. Dies Resultat war ein für die segensreiche Wirkamkeit der Anstalt deutlich sprechendes Zeugnis. Denn einmal betrug die Zahl der armen Kranken 100 mehr, als in den Vorjahren, sodann hatte das Hospital das Glück, auch ihr Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen durch die erfolgreiche Pflege von 80 Bewunderten. Ein solcher Erfolg war bei der Armut des Klosters nur ermöglicht einerseits durch die wirtschaftliche Wohlthätigkeit und Vereine zur Unterstützung der Krieger, welchen der Bericht die innigsten Dankes- und Segensworte zollt, andererseits durch den unermüdlichen Sammelleid, Opferstift und Pflichtleistung der drei Persönlichkeiten, welche seit 16 Jahren der Anstalt ihre Dienste widmen, nämlich des Erzpriesters Kern, des Dr. Stasch und der Vorsteherin Stanisla Chudoba. Eins bleibt nur noch für die Zukunft zu wünschen und zu erwarten: die Erweiterung der Anstalt. Mögen auch für Lösung dieser Aufgabe wohlthätige Herzen ihre Theilnahme bezeugen.

□ Aus dem Wahlkreise Kattowitz, 4. Febr. [Zur Wahl.] Die gestern in Lomazhutte abgehaltene Wahl-Versammlung war von Wählern aller Berufsklassen aus genanntem Orte und der Umgebung, überhaupt aus allen Ortschaften des diesbezüglichen Wahlkreises äußerst zahlreich besucht. Der Vorsitzende, Dr. Löwe aus Siemianowiz, theilte der Versammlung das Resultat der bisherigen Wahlberlebungen im bietigen Kreise mit, berichtete über die in Kattowitz, Myslowitz und Antonienhütte abgehaltenen Wahlversprechungen und forderte zur Aufführung von Candidaten auf. Als solcher wurde nur Herr Dr. Holze in Kattowitz vorgeschlagen. Auf Erfragen teilte dieser seine Auffassung der Tagesfragen, namentlich des norddeutschen Bundes, mit. Das Holze's Neben tief durchdrückt, stets belehrender Natur, klar und allgemein verständlich sind, dürfte zwar bekannt sein, dennoch war Jeder der Anwesenden auf's Höchste überrascht, als Redner die Bedeutung des norddeutschen Bundes hinsichtlich der materiellen Wohlfahrt in Bezug auf Handel, Gewerbe und Industrie so klar und fähig darlegte, das selbst jeder der zahlreich anwesenden Arbeiter von der Wichtigkeit des Programms des Vortragenden überzeugt wurde: „Unterstützung des Ministeriums zur Constitutionierung des norddeutschen Bundes, Anstrengung des deutschen Einheitsstaates, Entwicklung einer auf volkswirtschaftlichen Grundsätzen beruhenden Gesetzgebung für Handel, Gewerbe und Verkehr, Sicherstellung der politischen Volksrechte, gleiche Rechten, gleiche Rechte.“ — Allgemeine Begeisterung lohnte den trefflichen Mann, und mit Eintrittnahme nahm die ganze Versammlung in den bisher abgehaltenen Wahlversammlungen in Kattowitz, Myslowitz und Antonienhütte ebenfalls einstimig gefaßte Resolution an: „Die heute (in Laurahütte) verjammelten Wähler aus allen Districten des Wahlkreises Kattowitz stellen als ihren alleinigen Candidaten für das norddeutsche Parlament den Hrn. Dr. Holze in Kattowitz auf“. Die Versammlung schloß in freudiger Stimmung.

## Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 5. Februar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe unverändert, ordinäre 12½—14 Thlr., mittle 14½—15% Thlr., feine 16%—18% Thlr., hochfeine 18%—19 Thlr., Kleesaat, weiße fest, ordinäre 18—20 Thlr., mittle 22—24 Thlr., feine 26%—28 Thlr., hochfeine 29—30 Thlr. pr. Centner.

Rogen (pr. 2000 Pfd.) wenig verändert, gel. — Cr. pr. Februar 54 Thlr. bezahlt, Februar-März und März-April 53 Thlr. Gld., April-May 52½ bis 53% Thlr. bezahlt u. Gld., Mai-Juni 53 Thlr. Gld., Juni-Juli 53% bez.

Weizen (pr. 2000 Pfd.) gel. — Cr. pr. Februar 76 Thlr. Br.

Gerste (pr. 2000 Pfd.) gel. — Cr. pr. Februar 51 Thlr. Br.

Hafser (pr. 2000 Pfd.) gel. — Cr. pr. Februar 43 Thlr. Br.

Kaps (pr. 2000 Pfd.) gel. — Cr. pr. Februar 95 Thlr. Br.

Rübbel (pr. 100 Pfd.) unverändert, gel. — Cr. loco 11½ Thlr. Br., pr. Februar und Februar-März 11 Thlr. Gld., 11½ Thlr. Br., März-April 11½ Thlr. Br., April-May 11½ Thlr. Br., 11½ Thlr. Gld., Mai-Juni 11½ Thlr. Br., Juni-Juli —, September-October 11½ Thlr. bezahlt und Gld.

Spiritus geschäftsflos, gel. 10,000 Quart, loco 16% Thlr. Gld., 16% Thlr. Br. pr. Februar und Februar-März 16% Thlr. bezahlt, März-April —, April-May 17½ Thlr. Gld., Mai-Juni 17½ Thlr. Br., Juni-Juli —.

3 Int geschäftsflos.

## Die Börsen-Commission.

[Pariser Ausstellung von 1867.] Der vortragende Rath im Ministerium für Handel u. c. Geh. Regierungsrath Herzog, ist zum leitenden Commissar für die Pariser Ausstellung ernannt und dadurch ermächtigt, die Aussteller aus Preußen, sowie aus den mit Preußen zur Ausstellung vereinigten norddeutschen Staaten bei der kaiserlich französischen Commission in Paris zu vertreten. Mit den technischen Arbeiten ist der königl. Landbaumeister Pflaume als erster Architekt und der Baumeister Kyllmann als zweiter Architekt betraut.

Vom 6. Februar d. J. ab wird der Commissar seinen Sitz in Paris nehmen. Die Herren Aussteller werden erfuhr, von diesem Zeitpunkte ab dorfbn alle Anfragen und Anträge, welche die Ausstellung betreffen, in frankirten Briefen unter folgender Adresse: A. Msr. le Commissaire de Prusse pour l'Exposition Universelle à Paris, 29 Rue de Marignan Champs Elysées zu richten.

Die ausgefüllten Formulare für den Special-Katalog sind nach wie vor an die unterzeichnete Central-Commission einzuzenden. Berlin, 4. Febr. 1867. Die königl. Central-Commission für die Pariser Ausstellung von 1867. Delbrück.

## Verlobung e. n.

Nassauisch 25 fl.-Loose. Verlobung vom 2. Februar 1867. Hauptpreise: Nr. 25,168 zu 20,000 fl. Nr. 89,429 zu 4000 fl. Nr. 18,096 zu 2000 fl. Nr. 2095 zu 1000 fl. Nr. 20,294 zu 400 fl. Nr. 25,627 und 60,652 zu 200 fl. Nr. 25,933 und 46,442 zu 100 fl.

St. Genois-Loose. Bei der am 1. Februar 1867 stattgehabten Verlobung wurden nachstehende 40 großes Treffer gezogen: Nr. 36,602 zu 50,000 fl. Nr. 62,864 zu 5000 fl. Nr. 64,477 zu 2000 fl. Nr. 16,158 zu 1000 fl. Nr. 62,019 und 68,198 zu 500 fl. Nr. 30,463 54,857 64,358 und 77,385 250 fl. Nr. 37,771 45,329 50,449 51,656 53,976 und 75,133 zu 200 fl. Nr. 2380 14,257 19,178 20,944 21,205 24,110 24,452 25,394 26,485 27,085 27,690 28,515 31,658 37,381 44,419 46,419 53,203 53,261 63,395 67,215 71,658 71,726 72,545 und 77,287 zu 120 fl. C. M. Außerdem wurden noch 580 Nummern mit dem Gewinn von 65 fl. C. M. gezogen.

Königl. Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Lieferung von 1500 Stück Gußstahl-Achsen mit Rädern zu Güterwagen, und zwar: 1000 Achsen mit Speichenräder und aufgezogenen Rädern aus Buddelschmelz und 500 Achsen mit Gußschmelz-Rädern. Termin in Berlin: 11. Februar.

Königl. Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Lieferung von 400 Stück bedekten Güterwagen, wovon 100 Stück mit Bremen und Schaffner-Coupe's. Termin in Berlin: 18. Februar.

Königl. Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Lieferung von 2728 Stück Drauffedern und 3410 Stück Spiralfedern. Termin in Berlin: 14. Febr.

Königliche Ostbahn. Für die Unterhaltung des Oberbaues soll die Lieferung von a) 10,000 Stück = 726 Ctnr. Seitenlängen, b) 200,000 Stück = 1105 Ctnr. Haltenägel, c) 10,000 Stück = 65 Ctnr. Rundnägel, d) 42,000 Stück = 372 Ctnr. Latschenschraubenbolzen vergeben werden. Termin in Bromberg: 26. Februar.

Königliche Ostbahn. Lieferung von 1500 Ctnr. rohes Rübbel. Termin in Bromberg: 12. Februar.

## Sprechsaal.

In neuester Zeit finden wieder viele Agitationen für die Breslau-Strehlen-Münsterberger u. c. Bahn statt. Es sei gestattet, daß sich auch eine Stimme aus der Umgegend von Böbten, weil dieselbe durch den Bau gebauter Bahn wohl erst in sehr späte Zeit zu einem längst erwarteten Bahnanschluß gelangen würde, pro domo horen lasse.

Die gebaute Bahn würde an ihrem Endpunkt nur den Verkehr von Ottmachau, Potschau, Reichenstein und Landeck, einem Theile des Strehler Kreises und den an ihren Stationen nahe gelegenen Ortschaften, an sich ziehen, weil die übrigen Ortschaften zwischen den Breslau-Brieg-Neisser und Königsfelder Bahnen die Hauptmarkte — wie die Erfahrung lehrt, — direct mit gewöhnlichem Führwert befürden, um das mehrfache Ab- und Aufladen, sowie Anrollen und Ramponiren der Güter zu vermeiden. Daß unter diese Umstände kein großer Personen- und Güterverkehr für eine Eisenbahn von solcher Länge bei sicher 3 Millionen Thaler Anlage- und Betriebskosten stattfinden wird, liegt auf der Hand. Der Weg von Breslau nach Wien wird durch sie nur äußerst wenig kürzer, als über Brieg und Neisse, nachdem Frankenstein und Leobschütz durch eine Eisenbahn verbunden sein wird. Die projectirte Bahn ist also auch in dieser Beziehung nicht von großer Bedeutung. Sie gewährt bei den großen Unkosten mit nur einem kleinen Landstrich nennenswerten Nutzen; schädigt dagegen die Interessen der Oberschlesischen, Brieg-Neisser und namentlich der Freiburger Bahn, ohne auch nur für den Hauptzufahrts-Artikel — die Steinkohlen — wesentlich billigere Preise heraufzuführen, da die Kohlen zu große Umwege machen müssen.

Die letztere Bahn würde einen sehr großen Theil des bisherigen in Frankensteiner sich sammelnden Personen- und Güter-Verkehrs, sowie auch einen sehr erheblichen Theil des Kohlen-Transports einbüßen, ferner den Steinverkehr von Strehlen nach Breslau und Frankenstein und in Folge der durch die Concurrenz bedingten Tarifherabsetzungen bedeutend an Fracht verlieren, die Strehler Bahn aber hiervom — auch unter Hinzurechnung des internen Verkehrs — nicht bestehen können. Die oft ausgesprochene Bebauung, daß letztere Bahn die Hauptstadt Schlesiens direct mit der künftigen Kohlen- u. c. Bahn von Leobschütz nach Frankensteiner in Verbindung bringt, durch eine sehr producible Gegend gehen, Breslau mit sehr billigen Pflaster- und Bruchsteinen, Granitplatten, Stufen, Sockeln und allen übrigen Werkstücken bereiten und deshalb mehr als zur Zeit die Brieg-Neisser Bahn rentieren, mithin nach Abzug der Capitaliszenen, Betriebskosten, Amortisation etc. einem recht lohnenden Heimtritt abwerfen würde, würde vielleicht nur dann in Erfüllung geben, wenn die Freiburger Bahn den Bau einer secundären Bahn einer wenigstens bis zu den Bobten Steinbrüchen möglichst aber bis zu Breslau-Frankenstein Chaussee reichenden Bahn unterliegt. In der Sitzung des Vereins für Eisenbahnbau am 9. Mai 1865 ist zur Evidenz nachgewiesen worden, daß derartige secundäre Bahnen ein dringendes Bedürfnis seien, das sie bei einigermaßen günstigen Terrainverhältnissen und einer Fahrzeitwichtigkeit von 3 bis 4 Meilen in der Stunde nur 112,000 Thlr. höchstens 153,000 Thlr. pro Meile kosten und selbst in weniger verkehrreichen Gegenden schon in den ersten Betriebsjahren genügende Rente bringen. Im Westen von Deutschland, namentlich aber in Schottland findet man bereits sehr viel solcher Bahnen und die Hauptbahnen befinden sich sehr wohl dabei. Hier stellt sich aber die Sache ganz anders. Wird keine secundäre Bahn gebaut, so hat sie die Freiburger Bahn alle oben nachgewiesenen Nachtheile selbst zuzuschreiben; baut sie aber eine solche, so bestätigt sie alle diese Nachtheile und erzielt außerdem folgende Vortheile:

1) Sie kann ihre Schienen mit schwachem Profil, sowie ihre Maschinen, welche für die Hauptbahn nicht mehr zuverlässig gangbar sind, besser ausnutzen.

2) Sie zieht aus dem Nimpfischer und Strehler Kreise desto mehr Verkehr an, je weiter die neue Bahn nach jenen Gegenden hineingeht wird; diese werden die Kohlen über Mettau billiger erhalten, als über Breslau oder Frankenstein und da der Überschuß der meiste Cereale Schlesien nach Westen geht, so werden die Frachten über Mettau auch hierfür billiger zu stehen kommen.

3) Tausende von Schachtröhren Granit in allen Bearbeitungsweisen werden der Hauptbahn und deren anliegenden Ortschaften, namentlich Breslau, jährlich zugeführt. Die Brüche am Bobten-Gebirge sind unerschöpflich und liefern alle Sorten von Steinen bei leichter Bearbeitung und großer Güte.

4) Die qu. Bahn rückt das Waldenburger Kohlenbeden allen betreffenden Zuckerschläfern, Brennereien, Stärkeschläfern erheblich näher und führt deren Fabrikate auf dem billigsten Wege der Hauptbahn zu.

5) Das schöne Bobten-Gebirge wird allen an den Bahnen liegenden Ortschaften und darüber: hinaus sehr zugänglich gemacht, die Bewohner Breslau's und der übrigen an der Freiburger Bahn gelegenen Orte können den Bobten in einem halben Tage bequem besuchen. Auch wird das darauf wachsende Holz denselben auf dem billigsten Wege zugehen.

6) Da die zu Thale gebenden Hauptgüterzüge bei ihrem Eintreffen in Mettau bereits viele Güter abgelegt haben, so werden sie hier wieder komplettiert und durch Breslau nutzbar gemacht werden.

7) Da der Staat die Concession nicht allein zur Bereicherung der Actionäre, sondern auch zum Nutzen des Landes verleiht, so würde die Freiburger Bahn auch ihrer moralischen Verpflichtung nach dieser Richtung hin Rechnung tragen und ein großer Theil des Breslauer, Strehler, Nimpfischer, Reichendächer und Schweidnitzer Kreises sehr erhebliche Verkehrs-Erliegerungen und dadurch große Vortheile erlangen.

Wenn nun aus Vorstehendem zur Evidenz hervorgeht, daß die secundäre Bahn nicht nur eine sehr hohe Rente abwerfen und die Hauptbahn jährlich sicher mehr als eine halbe Million Centner an Frachtgütern, sowie über 100,000 Personen zu führen wird und den Bau der Concurrenzbahn verhindern muss, weil letztere Bahn zu sehr auf die Granit- und Cereale-Frachten angewiesen ist, diese Güter aber von der secundären Bahn bei den oben genannten Anlagen- und Betriebskosten viel billiger transportiert werden können — so müßte man der Verwaltung der Freiburg-Bahn eine sehr große Unterhaltung vorwerfen, wenn sie nicht wenigstens die questi. Verhältnisse einer genauen Prüfung unterziehe, um, wie bestimmt zu erwarten, nach richtigem Befund oben genannte Verhältnisse den Bau schneller ausführen. Wenn man für Herstellung der Weistritz und deren Nebenflüsse den hohen Betrag von 50,000 Thlr. rechnet, ferner berücksichtigt, daß eine Meile einer solchen Bahn — wenn der Staat und die Kreisinfass. n. wie sehr zu hoffen (da sich letztere eine nötig werdende Chaussee von Mettau nach Bobten ersparen) das Terrain unentbehrlich gewähren, sowie den größten Theil der beim Bau und Unterhaltung qu. Chaussee unerlässlichen Opfer gedachte Eisenbahn zuwenden und der Domänen- und Forst-Gesetz sich wohl dieser Bahn einen entsprechenden Beitrag bewilligen dürfen, nur 112,000 Thlr., und wenn diese Begünstigung nicht eintreten, höchstens 153,000 Thlr. kostet, so würden sich % Meilen nach Bobten Steinbrüchen auf 190,000 Thlr. resp. höchstens 241,250 Thlr. und 2½ Meile bis zur Breslau-Frankenstein Chaussee auf 330,000 Thlr. höchstens aber auf 433,000 Thlr. stellen. Mit diesem im Verhältnis zur Total-Aktiensumme von 10,500,000 Thlr. so geringfügigem Betrage sind all die vorstehend nachgewiesenen Vortheile und Nachtheile zu erzielen resp. zu vermeiden, sowie auch den an der Hauptbahn gelegenen Städten und Dörfern und den obengenannten großen und reichen Landesheilen eine wahre Wohlthätigkeit zu erweisen. Ein Blick auf eine Specialkarte zeigt, daß die secundäre Bahn die Breslau-Schweidnitzer Chaussee durchschneidet und selbst wenn sie in der Gegend von Bobten endete, durch die neuerrichtete Chaussee von Bobten nach Jordansmühl den Berkenen- und Güterverkehr nach Nimpf, Strehlen und Bohrau ausschließen würde. Endete sie an der von Breslau nach Frankenstein gehenden Chaussee, so würde diese mit den in sie einmündenden, meist guten Wegen, die zu- und Abfahren aus einem großen Theil des Breslauer, Strehler, Nimpfischer und Reichendächer Kreises, namentlich deren Hauptfabrikaten beginnen, und dieser Umstand mehr wert sein, als wenn am Ende eine mittelgroße Stadt ohne erhebliche Zufahrtswege läge.

Wird dann von Böbten oder Grottkau nach Strehlen eine ähnliche secundäre Bahn — welche durch Transporte von Personen, Oberschlesischer Kohlen, Granit, Cereale u. c. ebenfalls sehr gut rentieren, und durch spätere Verbindung den Verkehr von Mittel- nach Oberschlesien erheblich erhöhen würde — gebaut, so würden der Strehler und die angrenzenden Kreise durch die beiden secundären Bahnen besser und sicherer für den Verkehr aufgeschlossen werden, als durch die ca. viermal teurere Strehler Bahn, der es überdies wohl an genügenden Actionären fehlen würde, da eine Bahn zwischen zwei so großem Wagnis erscheint, wenn obene zwei mit geringen Kosten herstellende Secundär-Bahnen fast den ganzen internen Verkehr an sich ziehen würden. Die Wahl zwischen dieser Alternative erscheint nicht schwer, da das eine Unternehmen leichter erreichbar, billig und nützlicher ist und Niemand schädigt, während das andere sehr schwer erreichbar, sehr teuer, weniger nützlich und mit vielfachen Gefahren selbst für die eigenen Actionäre verknüpft ist. Rosenthal bei Mörtschelwitz. R. Seiffert.

Die „Opinione“ demonstriert die Zurückziehung des Gesetz-Entwurfs.

Brüssel, 5. Februar. Die Verlobung des Grafen von Flandern mit der Prinzessin von Hohenzollern gilt für sicher.

Bukarest, 5. Februar. Die Kammer votierte die Budgets der Ministerien der Justiz und des Innern. Der Fürst vertheilt in Tisza große Summen an die Notleidenden.

\*\* [Personalien.] Pfarrer Joh. Meyer in Moltau als Schulen-Inspecteur des Breslauer Kreises II. Anth. Fürstlich. Consistorial-Rath, Benefiziat und Seelsorger an der Domkirche zu Breslau, Herr Carl Hertlein als Pfarr-Adm. nach Ottmachau. Kreis-Bischof Paul Eichon in Loslau als Pfarr-Adm. nach Szczecin. Pfarr-Adm. Ludw. Michniot in Szczecin als Kreis-Bischof nach Loslau. Pfarrer Heinr. Wolf in Waizen als Actuar des Archivs Camenz. Karl. Rich. Barnert in Reichthal als solcher nach Poln.-Wartenberg. Kapl. Heinr. Linke in Alt-Cosel als solcher nach Bentwitz. Kapl. Carl Dietrich in Gr. Kosmierz als solcher nach Alt-Cosel. Kapl. Paul Wolny in Braunsberg als solcher nach Faltenberg. Kapl. Jos. Wittkowicz in D. Müllmen als solcher nach Gr. Kosmierz. Kapl. Jos. Borowy in Bentwitz als solcher nach Steinleifersdorf. Pfarr-Adm. Herm. Hörm in Steinleifersdorf als Kapl. nach Schönau. — Hilfsehrer Jos. Scholz in Lubnau als Schullehrer und Küster nach Gobersdorf, Kr. Striegau. Schulamt-Cand. Alois Scul in Sobraw als Adv. nach Altendorf, Kr. Ratibor. Adv. Dr. Kottala in Kochlowitz als Schullehrer nach Niedownik, Kr. Faltenberg. Schulamt-Cand. Oscar Anders in Cammerau als Adv. nach Kieferwitz, Kr. Gleiwitz. Adv. Jos. Schubert in Alt-Reichenau als solcher nach Borganie, Kr.

## Allgemeine Wähler-Versammlung.

Die Wähler des östlichen Wahlkreises  
der Stadt Breslau

werden zu einer Versammlung auf

Donnerstag den 7. Februar d. J., Abends 8 Uhr,  
in den Springer'schen Saal (Weißgarten), Gartenstraße 16,  
hiermit ergebenst eingeladen.

### Lagesordnung:

1) Vortrag des von der Fortschrittspartei aufgestellten Kandidaten

Herrn Justizrath Simon.

2) Besprechung über Wahl-Agitation.

Das Comite des östlichen Breslauer Wahl-Kreises

(Fortschrittspartei).

Dr. Asch. A. Anders. K. Brachmann. D. Börner.  
Th. Doecke. Dr. M. Elsner. W. Günzel. J. Hayne.  
C. Helbig. G. Henatsch. Th. Hofferichter. G. Hornig.  
J. Howe. C. F. W. Jacob. Dr. Jany. A. Lischner.  
G. Maul. R. Opitz. A. Ottow. Moritz Pringsheim.  
A. Sauer. C. Scherer. A. Semrau. M. Siewert  
E. Sobek. R. Sturm. W. Teichmann. L. Theyl.  
M. J. Ullrich. Verban.

## Inserate.

### Mufruf.

Um die patriotischen Zwecke der Allgemeinen Victoria-National-Invaliden-Stiftung nach Möglichkeit zu fördern, haben die Unterzeichneten Veranlassung genommen, die Bildung eines Localvereins für hiesige Stadt anguregen. Zweck und Aufgabe derselben ist es, aa die im Kampfe und während oder in Folge des Krieges für Preußens Ehre und Deutschlands Neugestaltung durch Verwundung oder Krankheit ganz oder theilweise erwerbsunfähig gewordenen, der Hilfe bedürftigen Krieger jeder Gattung und Charge im stehenden Heere, der Landwehr und Marine, sowie an die Familien der im Kriege Gefallenen oder ganz oder theilweise erwerbsunfähig gewordenen Personen, ferner an diejenigen Aerzte und andere Functionäre, welche in ihrem Berufe beim Kampfe oder im Lazarett ganz oder theilweise erwerbsunfähig geworden sind, beziehungsweise deren Familien Hilf und Unterstützung zu gewähren und zwar:

- durch Vermittelung einer angemessenen Beschäftigung, Arbeit oder Anstellung im öffentlichen Dienste, bei Corporationen, Gesellschaften, Vereinen oder Privatpersonen;
- durch einmalige oder fortlaufende Zahlungen aus den Mitteln des Vereins unter Berücksichtigung einerseits der bürgerlichen und gesellschaftlichen Stellung des zu Unterstützenden, andererseits des Grades der Bedürftigkeit und Erwerbsunfähigkeit;
- für unversorgte und bedürftige Kinder und andere Familien-Angehörige durch Vermittelung unentgeltlichen Unterrichts, Erziehung und Versorgung, durch Aufnahme in Familien oder öffentliche Vereins- oder Privat-Erziehungs-Anstalten, erforderlichen Falles durch Gewährung von Erziehungs- und Ausstattungsgeldern aus den Mitteln des Vereins.

Über 100 Personen haben bereits ihren Beitritt zu diesem Local-Verein erklärt und hegen wir zu dem bewährten Sinne unserer Mitbürger das volle Vertrauen, daß das Interesse und das Streben, die Aufgaben und Zwecke des Vereins möglichst zu fördern, alle Kreise der hiesigen Einwohner-Schaft durchdringen werde.

Die Organisation des Vereins soll in einer heute den 6. Februar, Nachmittags 4 Uhr, in dem Stadtverordneten-Sitzungssaale im Stadthause abzuhaltenen General-Versammlung seiner Mitglieder berathen resp. beschlossen werden.

Als Mitglied wird Derjenige angesehen, welcher sich zur Zahlung eines Beitrages von mindestens  $2\frac{1}{2}$  Silbergroschen monatlich bereit erklärt und soweit es seine Zeit und Kraft gestattet, die Vereinszwecke zu fördern gewillt ist.

Wir bitten dringend um die regste Beteiligung an jener General-Versammlung und bemerken ergebenst, daß am Tage derselben im Vorzimmer des Stadtverordneten-Sitzungs-Saales Verzeichnisse zur Einzeichnung der Mitglieder ausliegen werden.

Breslau, den 6. Februar 1867.

H. Becker, Oberbürgermeister. Becker, Stadtrath.  
J. Burghart, Particular. Dr. Elsner, Redakteur.  
Grumb, Kaufmann. H. Haase, Stadtrath.

Hildebrandt, Kaufmann. A. Hübner, Kaufmann.

Hüllebrandt, Schornsteinfegermstr. Pläschke, Stadtrath u. Kämmerer.

A. Sachs, Hoflieferant. [1719]

[1719]

**Fortschritts-Partei.**

### Breslauer!

Als Abgeordnete für den Reichstag zum norddeutschen Bunde empfehlen wir Euch:

für den östlichen Wahlkreis (Ohlauer-Thor-Seite)

den Justiz-Rath Simon in Breslau,

für den westlichen Wahlkreis (Nikolai-Thor-Seite)

empfehlen wir Euch:

den Justiz-Rath Bouneß in Breslau.

Unser Wahl-Bureau befindet sich:

Albrechtsstraße Nr. 6, im "Palmbaum", eine Treppe hoch,  
und wird daselbst: Vormittags von 9—12 Uhr,  
Nachmittags von 2—7 Uhr,

jede gewünschte Auskunft ertheilt.

Breslau, im Februar 1867.

Der Vorstand und die vereinigten Comite's des Wahlvereins

**Fortschritts-Partei.**

Ackermann. Dr. Asch. A. Anders. Biberfeld. D. Börner.

K. Brachmann. Brier. Broß. L. Cohn. Dr. Deutsch. Ditt-

bner. Th. Doecke. Dr. Eger. Dr. M. Elsner. Fräntel.

Freitag. Fuchs. Geier. Gnärich. Günzel. Heinrich Ham-

burger. J. Hayne. G. Heidemann. C. Hebig. H. Henatsch.

Herold. Hofferichter. G. Hornig. J. Howe. Hüllebrandt.

C. F. W. Jacob. Dr. Jany. Käfer. Kemptner. Dr. Köbner.

Kosch. Kräker. Lehmann. A. Lischner. F. Mockauer.

R. Opitz. Orthmann. A. Otto. W. Peuckert. Philipp.

Dr. Pinoff. Moritz Pringsheim. Racke. A. Sauer.

Scheyl. C. Scherer. Schilling. Schneider. Schüsse. Sem-

rau. M. Siewert. E. Sobek. Dr. Stein. Dr. Stern.

Dr. Steuer. R. Sturm. W. Teichmann. L. Theyl.

M. J. Ullrich. Wolfskehl. Verban. Zunehmer.

## Wahlversammlung.

Sonntag, 10. Februar, Nachmittags 3 Uhr,

Wählerversammlung in Königshütte,

Wandel's Hotel,

wozu jeder Wahlberechtigte hiermit eingeladen wird. Der in den bisherigen Wahlversammlungen in Kattowitz, Myslowitz, Antonienhütte und Laurahütte einstimmig als Kandidat zum norddeutschen Parlamente aufgestellt

[396]

Herr Dr. Holke aus Kattowitz

hat sein Er scheine zu obiger Versammlung zugesagt.

## Das Wahl-Comite.

### Wahlkreis Brieg-Namslau.

Der von den vereinigten liberalen Parteien beider Kreise zum liberalen Kandidaten derselben für die Reichstagswahl erklärte Mann ist der Bauinspector a. D. Hoffmann zu Görlitz,

seit Jahren und gegenwärtig Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Brieg-Namslau.

Die Aufstellung des Bauinspector a. D. Hoffmann ist in Namslau von einer durch mehr als hundert Vertreter der Stadt- und Landgemeinden befreit Versammlung einstimmig, in Brieg, von einer Bürgerversammlung mit einigen hundert gegen zwölf Stimmen angenommen, endlich durch einen in beiden Kreisen verbreiteten Aufruf allen Wählern dringend empfohlen worden, und zwar haben diesen Aufruf mehr als 60 Männer aus beiden Kreisen und aus allen Ständen ihre Namensunterschrift beibringen lassen.

Der von einem hiesigen aus 24 Herren bestehenden Comite empfohlene Bürgermeister Dr. Niedel hier selbst ist der Kandidat der conservativen und feudalen Partei geworden, nachdem der eigentliche conservative Kandidat Baron Saurma (Sterzendorf) zu Gunsten des Dr. Niedel von der Kandidatur seiner Partei zurückgetreten ist.

Der Kandidat der vereinigten liberalen Partei ist nur

Bauinspector a. D. Hoffmann zu Görlitz.

Brieg, den 2. Februar 1867.

### Der Vorstand des Wahlvereins.

Dr. Bassett, Stadtverordneten-Vorsteher. Th. König, Redakteur. Kaufmann Koppe, Stadtverordneten. Käffebildirektor a. D. Simon, Stadtverordneten. Kaufm. Joh. Storch, Stadtverordneten. Weßmann, Stadtrath. Apotheker G. Werner, Stadtverordneten.

Der liberale Wahlkandidat für den Kreis

### Trebnitz-Militisch-Trachenberg

ist der Geheime Rath Bergauptmann Dr. von Carnall.

## Zur Unterhaltungs-Literatur.

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen und Leibbibliotheken vorrätig:

[1694]

### Hamlet.

Roman

von

A. C. Brachvogel.

Drei Bände. 8. Eleg. brosch. Preis 4 $\frac{1}{2}$  Thaler.

Von demselben Verfasser erschien kürzlich in gleichem Verlage:

### Neue Novellen

von

A. C. Brachvogel.

Zwei Bände. 8. Eleg. brosch. Preis 3 Thaler.

Inhalt: Erster Band: Osborne, der Weberlehrling. — Marietta Manzini. — Die Grenze. — Malcolm Sinclair. — Zweiter Band: Der Menschenfreund. — Frau Käthe von Schwarzbürg. — Die bösen Schwestern.

Erläuterung:

So lange mein sehr verehrter College Ihrer Zeitung nicht durch wort- oder wenigstens sinngetreue Mittheilung der Ausfassungen des Herrn Dr. Elsner in der Wählerversammlung des östlichen Stadtbezirks bezüglich der "Be-wohner jenseits der Oder" mein Referat über jene Versammlung bestätigt, so lange halte ich seine Urtheile über dasselbe in der heut. Bresl. Ztg. für ebenso unbegründet, wie ungerechtfertigt.

Der o. Ref. der Schles. Ztg.

\* ) Nach unserer Ansicht wäre die wörtliche Mittheilung der betreffenden Stelle, welche den Herrn Referenten der Schles. Ztg. zu seinem Urtheile veranlaßte, seine Sache gewesen.

D. R.

Mein Geschäftslocal befindet sich jetzt:

### Albrechtsstraße Nr. 13,

neben der königlichen Bank, in der zweiten Etage.

Dr. Gad,

Rechtsanwalt und Notar.

Landwirthschaftl. und kaufmänn. Formulare

Schemata werden auf Verlangen auch nach ausserhalb gesandt,

Visiten- und Adress-Karten,

elegant in Schrift auf Holz, Double-Glacé und enel. Bristol-Paper,

Verlobungs-, Hochzeits-, Ball-Anzeigen.

Artist. Inst. M. Spiegel, Breslau, 46 Ring.

### Echt Wiener Kaiser-Bier

aus der ersten Actien-Brauerei in Wien, wovon die alleinige Niederlage für Breslau habe, empfäng wieder in vorzüglicher Güte und offerirt solches zur geneigten Abnahme in Gebinden und Flaschen.

Gleichzeitig empfiehle ich mein

Restaurant, Café- und Billard-Salon

zur ferneren gütigen Beachtung.

W. Labuske,

Oblauerstraße 76, vis-à-vis dem weißen Adler.

Hiermit erlaube mir meine geehrten Geschäftsfreunde in Kenntnis zu setzen, daß ich mit dem heutigen Tage meine Fabrik in Spirituosen-Produkten, Limonen-Frucht-Säften &c.

von der Oblauerstraße 19 nach der Albrechtsstraße 25 verlegt habe. — Mein Haupt-Depot befindet sich Oblauer-

straße 63, das Comptoir Albrechtsstraße 25.

Louis Heilborn,

Erfinder und Fabrikant des Fenchel-Honig-Extract-Eselbieres

und Pulmunal-Chocolade.

[1709]

### Clemens Graf Pinto.

Der Herr Oberstleutnant

Freiherr v. Winck auf Olsendorf

wird als alleiniger Kandidat für's norddeutsche Parlament des Altmühl-

Strehlen-Oblauer Wahlkreises aufgestellt.

[1496]

### Das liberale Wahl-Comite.

## Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung unserer Tochter Rosalie mit Herrn Siegmund Diamant beeindruckt uns hierdurch Verwandten und Freunden ergebenst anzusehen.

Breslau, den 5. Februar 1867.

[1468] E. M. Sachs und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Jenny mit dem Kaufmann Herrn Hinrich Bobrek beeindruckt uns hierdurch Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung ergebenst anzusehen.

Breslau, den 5. Februar 1867.

[1717] M. Sachs und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Jenny Sachs.

Hinrich Bobrek.

Vobachsh. Badewitz.

Die heut vollzogene Verlobung meiner Tochter Anna mit dem Kaufmann Herrn A. L. Jaross hier beeindruckt mich, seinen Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung ergebenst anzusehen.

Bawitz, den 4. Februar 1867.

Hinrich, Königl. Rechnungsraath a. D.

Verbindungs-Anzeige.

Als ehemlich Verbundene empfehlen sich:

Eduard Berger. [1483]

Anna Berger, geb. Kunze.

Breslau, den 3. Februar 1867.

Siegfried Lemberg.

Emilie Lemberg, geb. Loewy.

Neuvermählte. [1473]

Verbindungs-Anzeige.

Heute Nachmittag 1½ Uhr wurde meine geliebte Frau Emma, geb. Mäckle, von einem fröhlichen Jungen glücklich entbunden.

Breslau, den 4. Februar 1867.

[1462] Gustav Müntner.

Heute früh wurde meine liebe Frau Anna, geb. Hoffmann, von einem fröhlichen Jungen glücklich entbunden.

[1484] Breslau, den 5. Februar 1867.

Theodor Gaebel.

Todes-Anzeige.

Am 4. d. M. Nachts 12 Uhr verschied unser guter Gaite und Vater, der Schäfer Joseph Gerold Ledermann.

Um füllte Theilnahme bitten

Die Hinterbliebenen.

Trauerhaus: Blüttnerstraße 31.

Beerdigung: Mittwoch Nachmittag 2 Uhr.

Gestern Nacht 1 Uhr entschlief im 80. Jahre

unfere liebe Mutter und Großmutter Johanna Christiana Ast, geb. Igel.

Rawitz, den 5. Februar 1867.

[1475] Die Hinterbliebenen.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Fr. Pauline von Lobenthal mit Hrn. Hauptm. Arthur v. Göde in Berlin, Fr. Fanny Dürkopp zu Nombeczyn bei Wongrowitz mit Hrn. Lieut. C. Jauer mit in Nagrodowice, Fr. Francisek Kłoppp mit Hrn. Lieut. Max v. Hale zu Aarich in Ostfriesland, Fr. Elisabeth v. Arnim mit Hrn. Kanzlei-Auditor Graf Christian v. Bernstorff aus Wedendorf zu Schwerin.

Geburten: Ein Sohn Hrn. Lieutenant v. Schmelting in Spandau, Hrn. Kreisgerichts-Director Conslerich in Angermünde, Hrn. G. v. Borde in Redow, Hrn. Oberstleutnant Scherbening in Erfurt, eine Tochter Hrn. Hauptm. Gebhard v. Stammer in Düsseldorf.

To desfalls: Hr. Generalleut. v. d. Armee

Wilh. v. Schmidt in Berlin, Frau Rosalie Schmidt, geb. Grimm da., Fr. Francisca Major in Woylantzen, Hr. Generalleut. z. D. Wilhelm v. Borde in Naumburg a. d. S., Hr. Eduard v. Zimmermann auf Langmeil im 75. Lebensjahr.

Breslauer Theater (Gartenstraße 19). Mittwoch, den 6. Febr. Bei aufgezogen. Abonnement und hoher Preisen. Gastspiel des Fräulein Aglaia Orgéni, vom Königl. Hof-Theater in Berlin, der Frau Rosalie-Lundh, vom Hoftheater in Schwerin, und des Hrn. Robinson. Zum ersten Male: "Die Africanein." Große Oper in 5 Akten von G. Meyerbeer. Decoration aus dem Atelier des herzogl. Maschinendirectors Hrn. Mühlendorf in Coburg und des Decorationsmalers Hrn. Schreiter. Costüme nach Figuren der großen Pariser Oper. (Selica, Fr. Orgéni, Ines, Frau Rosalie-Lundh, Basco de Gama, Hr. Rohlig, Nelson, Hr. Robinson, Don Pedro, Hr. Rieger, Don Diego, Hr. Ried, Don Alvar, Hr. Reinhold, Ober-Brahmin, Hr. Prawit.) — Einlaf 6 Uhr. Anfang 6½ Uhr.

Donnerstag, den 7. Febr. 25. Vorstellung im zweiten Abonnement von 60 Vorstellungen. "Zopf und Schwert." Historisches Lustspiel in 5 Akten von Carl Gutzkow.

Mont. 8. II. 6 U. R. △ V.

## Section für Obst- und Gartenbau.

[1697] Mittwoch, den 6. Februar, Abends 6 Uhr: Versammlung.

## Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für wasserländische Cultur.

Freitag, den 8. Februar, Abends 6 Uhr:

Herr Bergbaupräsident und Geh. Ober-Berg-Rath a. D., Stadtrath Dr. von Carnall: Deutschlands Eisen-Industrie und deren Fortschritte und weitere Aussichten.

[1696] Nach dem Vortrage: Gemeinschaftliches Abendbrot, wozu Herr Oetken Articus und Kastellan Reissler Anmeldungen bis den 8. Februar Früh 10 Uhr annehmen.

La Ve Canseire littéraire de Mr. Ch. Freymond,

traitera du théâtre contemporain

ce soir 6 février, à 7½ heures,

dans la salle de musique de l'Université Ré. Entrée, 10 sgr., pour les non-abonnés.

Für Frauen- und Schlafkrankeiten: Dr. Th. Auerbach aus Berlin, jetzt in Katowitz. [206]

Über das allzeitig bewährte

Dr. Legab'sche Frauen-Clirir sind Broschüren gratis zu haben in der priv.

Apotheke zu Bojanowo. [302]

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Über das allzeitig bewährte

Dr. Legab'sche Frauen-Clirir sind Broschüren gratis zu haben in der priv.

Apotheke zu Bojanowo. [302]

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

Ein tüchtiger unverheiratheter Lehrer jüdischen Glaubens soll für unsere Gemeindeschule mit einem jährlichen Gehalte von 300—350 Thaler vom 1. April a. c. ab engagiert werden. Außer dem Unterricht in den Elementargegenständen und im Hebräischen muß derselbe auch in den Anfangsgründen von Latein und Französisch zu unterrichten befähigt sein. Wünchenswerth wäre auch einige Kenntnis in der Musik. Reflectanten sollen ihre Meldungen unter Beibringung ihrer Zeugnisse portofrei an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Myslowits. [354]

Der Synagogengemeinde-Vorstand.

**Der Camenz landwirthschaftliche Verein**  
beabsichtigt Sonntag den 24. Februar seine Mitglieder, wie deren Gäste, zur Feier seiner Stiftung, zu einem gemütlichen Mittagbrot im Adler zu Camenz zu vereinen. Teilnehmer wollen sich beim zweiten Vorsitzenden Hauptmann Mündner a. D. zu Altaltmannsdorf melden. [363]

### Interessante Neigkeiten für die Handelswelt.

Soeben gelangten zur Ausgabe die ersten beiden in allen Buchhandlungen zur Einsicht ausliegenden Lieferungen des längst erwarteten Prachtwerkes, u. d. t.:

### Buch berühmter Kaufleute oder Der Kaufmann zu allen Zeiten.

Charakter- und Zeitgemälde,  
vornehmlich Schilderungen interessanter Lebensgänge hervorragender Kaufleute,  
Industrieller, sowie Förderer des Handels.

Herausgegeben von Franz Otto.

Ein Band von etwa 15 in monatlichen Zwischenräumen erscheinenden Lieferungen à 48 Seiten gr. 8°, illustriert durch 200 Holzschnitte und eine Anzahl wertvoller Extra-Zugaben, Tonbilder in brillanter Ausstattung.

Subscriptions-Preis pro Lieferung 5 Sgr.

Durch alle Buchhandlungen, sowie auf portofreie an die Unterzeichnete gerichtete Zuschriften wird ein ausführlicher Prospect hierüber gratis verabfolgt.

Verlagsbuchhandlung von Otto Spamer in Leipzig.

Vorrätig bei:

### Maruschke & Berendt in Breslau, Ring, 7 Kurfürsten.

Bei S. Hirzel in Leipzig erschien soeben:

### DEUTSCHES WERTERBUCH

von JACOB GRIMM UND WILHELM GRIMM.

FORTGESETZT

von Dr. RUDOLF HILDEBRAND und Dr. CARL WEIGAND.

V. Bandes 5. Lieferung.

Klappen — Klippe.

BEARBEITET von Dr. R. HILDEBRAND.

15 Bogen. Preis 20 Sgr.

Vorrätig in der Hirz'schen Sortiments-Buchhandlung (M. Mälzer), Ring 47.

### Bad Mildenstein bei Leisnig (Sachsen), Klimatische Kuranstalt, Ersatz des südlichen Klima.

Die Direction sieht sich veranlaßt, dem leidenden Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß die Aufnahme in besagtem Etablissement nur nach Maßgabe der eintretenden Vacanzen stattfinden kann, da durch die unerwartet große Frequenz der Wintergäste fast sämtliche Zimmer des geräumigen Kurhauses vergeben sind. Es ist daher den geehrten Herrschäften, welche diese so wohltuende Kur zu benutzen wünschen, anzurathen, sich nicht schrecken hierher zu bemühen, bis sie von der Direction die Versicherung wegen ihrer Aufnahme erhalten haben, da andernfalls dieselben genötigt sein würden, die Rückreise antreten zu müssen.

Prospects nebst Bedingungen werden auf jede Anfrage gratis zugesandt.

### Die Direction.

[1516] — Von europäischer Berühmtheit — über den halben Continent verbreitet!



Brust-Bonbon nach Art d. Regisse von Süßholzpast. u. Gummi, ganz vorzügl. b. Heilung v. Schnupfen, Husten, Heiserkeit, Katarrh ic.  $\frac{1}{2}$  Schachtel 8 Sgr. Breslau, W. Clar, Friedrichsstr. Glückauf.

**Korte & Co., Teppich-Fabrik in Hersford,**  
in Breslau, Ring Nr. 52 (Maschmarkteite), erste Etage, [1027]  
empfehlen ihr reich assortirtes Lager in Teppichen und Teppichzeugen, Läufer, Matte- und Tischdecken, Cocosmatten, wollene Schlaf- und Pferdedecken zu billigen, aber festen Preisen.

### Große Gewinnziehung.

Am 1. März 1867.

Haupt-Gewinne: Gulden 200,000; 50,000; 15,000; 10,000; 2 à 5000;  
3 à 2000; 6 à 1000; 15 à 500; 30 à 400; 740 à 145.  
Ausdräge zur Beteiligung mit 1 Loos für 2 Thlr., mit 6 Losen für 10 Thlr., mit  
13 Losen für 20 Thlr. beliebe man baldigst einzufinden. [1167]

M. Morenz, Effecten-Geschäft in Frankfurt a. M.

### Local-Veränderung des Ausverkaufs der Waaren-Masse.

Der noch vorhandene Bestand der Waarenmasse des J. Koslowsky jun. wird von jetzt ab

77. Nikolaistraße Nr. 77,

im ersten Viertel vom Ringe aus links  
vollständig ausverkauft.

Sämtliche Artikel, bestehend in wollenen und seidenen Kleiderstoffen, Battisten, Organis, Mozambique, Shawls und Tüchern, Möbelstoffen ic.; Damennänteln, Valentots, Jaquets und Jacken in Wolle und Seide; Mantillen u. s. w. werden, um schleunig damit zu räumen, bedeutend unter dem Taxpreis verkauft. [1602]

77. Nikolaistraße Nr. 77,

im ersten Viertel vom Ringe aus links.

### En gros Importierte Havanna-Cigarren En détail.

empfiehlt in besser abgelagerter Ware zu billigsten Preisen. [1507]

Als besonders preiswert:  
Cabanas 13% Thlr. pr. Mille, pr. 100 Stück 1 Thlr. 10 Sgr.; Perez 25 Thlr. pr. Mille, pr. 100 Stück 2 Thlr. 15 Sgr.; Trinidad 15 Thlr. pr. Mille, pr. 100 Stück 1 Thlr. 15 Sgr.; Globo II. 25 Thlr. pr. Mille, pr. 100 Stück 2 Thlr. 15 Sgr.; Hermosa 20 Thlr. pr. Mille, pr. 100 Stück 2 Thlr.; Confianza 30 Thlr. pr. Mille, pr. 100 Stück 3 Thlr.; Globo I. 20 Thlr. pr. Mille, pr. 100 Stück 2 Thlr.; Intimidado 35 Thlr. pr. Mille, pr. 100 Stück 3% Thlr.; diverse Marken von 35—120 Thlr. pr. Mille in Originalverpackungen; sämtlichen Tabak à 2—3 Thlr. pr. Pfund; echten Varinas à 12 Sgr. bis 1 Thlr. pro Pfund. Russ. und thrl. Cigaretten von La Ferme, Dian, Müller, sämtlich echt, von 4% Thlr. pr. Mille, 14 Sgr. pr. 100 Stück ab. — Probesendungen gegen Einsendung oder Postversand. Nichtcontentendes wird zurückgetauscht.

**H. Morwitz in Berlin,**

59 Gr. Friedrichsstraße, Ecke Leipzigerstraße.

In unserem Verlage ist soeben erschienen und in der Buchhandlung  
**Maruschke & Berendt, Breslau, Ring, 7 Kurfürsten**  
zu haben: [1687]

**Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover im Jahre 1866 über den Abschluß eines Neutralitäts-Vertrages.**

8. geb. Preis 7½ Sgr.  
Berlin, 27. Januar 1867. Königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Deder).

**Erstes Breslauer Wasch Institut.**  
Anmeldung schon für folgende Tage zum Waschen bis Abends 6 Uhr. [1481]  
J. Mandowsky, Antonienstraße 16.

Bekanntmachung. [353]  
Bz. diesjährigen Trottoirverlegung ist ein Quantum von 5000 laufenden Fußen, 3½ Fuß breiter, 3—5 Zoll starfer, rechteckig und oben bearbeiteter Granitplatten franco Bohrwerk hier zu liefern.

Lieferungslüftige wollen ihre desfalligen Offertern bis spätestens Donnerstag den 14. Februar d. J. franco und verliegen mit der Aufschrift:  
„Lieferung von Trottoirplatten“ bei uns einreichen. Speciale Lieferungsbedingungen liegen im Bau-Office unseres Rathauses zur Einsicht aus; auch sind wir bereit, die selben abschriftlich mitzuhören.

Danzig, den 31. Januar 1867.  
Die Stadt-Bau-Deputation.

### Petroleum-Auction.

Freitag den 8. Vormittags von 11 Uhr ab, werde ich für auswärtige Rechnung Ring 30, im Hof,

**10 Fäss Petroleum**  
meistbietend versteigern. [1452]  
Guido Saul, Auctions-Commissioner.

### Für israelitische Schulen

empfehlen wir die nachstehenden, bereits in den meisten Anstalten eingeführten Bücher:  
Freund, Jacob, Biblische Gedichte. 8. Breslau 1860. Geh. . . . . 10 Sgr.  
Herzberg, Moritz, Hebräisches Lese- u. Sprachbuch f. d. Israel. Jugend zum Schul- und Privat-Unterricht nach der Buchstabir- und Lautir-Methode. Nebst deutscher Gebeten, Übersicht der Fest- und Fastitage und einer Gedächtnistafel zur biblischen Geschichte. 1866. 2. Aufl. 6 Bogen. 8. Cartonnir. 5 Sgr.  
Levy, Prof. Dr. M. A., Die biblische Geschichte nach dem Worte der heil. Schrift der Israel. Jugend erzählt. 2. Aufl. 8. (VIII. u. 24 S.) Breslau 1866. 10 Sgr.  
Dieselbe eingebunden. 12½ Sgr.  
Mandus, G., Israelitische Glaubens- und Pflichtlehre in Katechesen bearbeitet. 5 Bogen. in 8. Geh. Breslau 1860. 6 Sgr.  
Schleitter'sche Buchhdlg. (II. Skizze) in Breslau, Schweidnitzerstr. 16—18.

**Zimmermann's Restaurant et Café Prussien**  
Albrechtsstraße Nr. 13,  
Heut Abend Mocturtle-Suppe.

### 26,000 Thlr.

finden sofort (ohne Verlust) auf ländliche und städtische Grundstücke zu vergeben. Schriftliche Anfragen sind unter A. H. Nr. 11 an die Exped. der Schlesischen Zeitung zu richten.

### Garten-Anlagen.

Es empfiehlt sich zu den geschmackvollsten Garten- und Park-Anlagen unter der promptesten Ausführung derselben [1471]  
Landschaftsgärtner und Baumchulen-Besitzer G. Stiller,  
Arnoldsmühle bei Deutsch-Lissa.

Familien-Verhältnisse halber ist ein sehr altes, lebhafte Colonial-Waaren-Geschäft mit guter Kundshaft, nebst gut gelegenem schönem Grundstück zu verkaufen. Das Renomme des Geschäfts ist weit und breit bekannt.

Zu dem Grundstück gehören ein Wohnhaus, ein großes Hintergebäude zum Warenlager, zwei Seitengebäude, massive Schuppen und Stallgebäude, ein ansehnlicher Garten mit sehr schönem Sommerhause und ist von der hinteren Seite des Grundstücks eine große Thoreinfahrt. Die Gebäude sind in bestem Bauzustande. Nur Selbstkäufer mit entsprechender Anzahlung wollen sich melden, franco, unter Chiffer A. B. Nr. 10, poste restante Hirschberg in Schlesien.

### Gasthofs-Verpachtung.

Der hierbei belegene große herrliche Gasthof „zum schwarzen Adler“ soll vom 1. October d. J. ab anderweitig auf drei Jahre im Wege der Licitation verpachtet werden. Hierzu steht Termin [383] am 1. März d. J., Vorm. 10—12 Uhr in unserem Amtslokal an.

Pacht- und Licitationsbedingungen sind vom 10. d. Mts. ab in unserer Registratur einzusehen. Der Gasthof liegt unmittelbar an der Chaussee von Frankenstein nach Reichstein und Landeck, enthält im Parterre außer den nöthigen Wirtschafts-Räumen eine große und zwei kleinere Gaststuben, sowie im 2. und 3. Stock u. A. einen großen Saal und 13 Logirzimmer und in dem beideren Stallgebäude für ca. 50 Pferde Ställung.

Sämtliche Räume sind mit dem erforderlichen Mobiliar versehen.

Camenz i. Schl., den 4. Februar 1867.  
Königlich-Prinzliches Rent-Amt  
der Herrschaft Camenz.

### Wirtschafts-Verpachtung.

Eine gut eingerichtete Wirtschaft in Babel, nahe bei Frankenstein, von 68 Morgen Ader und Wiese, in bestem Zustande, meist Raps- und Weizenboden, wozu ein massives Wohn- und Wirtschaftsgebäude in bestem Zustande, ist zu verpachten auf sechs Jahre. Cautionss-Pächter werden den 28. Februar d. J. Vormittag 10 Uhr mit dem Vermieten eingeladen, daß das Verzeichniß des lebenden und toden Inventariums, sowie die Verpachtungsbedingungen von heute ab bei dem Unterzeichneten zur Einsicht ausliegen. Babel, im Januar 1867. [342]  
Carl Schinke, Gutsbesitzer.

### Gustav Wiedero

in Breslau, Berlinerstraße Nr. 59,  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von  
Pumpwerken, Eisenröhren, Hanschläuchen, Feuereimern  
und Gelenk-Spritzen. [1692]

### Licht.

Naturell-Kerzen (gelblich), 5, 6 und 8 Stück pro Pack 5 Sgr.  
Paraffin-Kerzen (ganz weiß), 4, 5, 6 und 8 Stück pro Pack 5½ Sgr.  
do. (gerippt 1a.), 4, 5 und 6 Stück pro Pack 7½ Sgr.  
Stearin-Lichter, 6 und 8 Stück pro Pack 6 Sgr.  
do. 5 und 8 Stück pro Pack 7 Sgr.  
do. (beste 1a. Sorte), 4, 5, 6 und 8 Stück pro Pack 7½ Sgr.  
Wiener Apollo-Kerzen, 4, 5, 6 und 8 Stück pro Pack 11 Sgr. [1590]

Colonial-Waaren-Niederlage

(Einzel-Verkauf zu Engros-Preisen)

**Aug. Reinholdt,**

Nr. 6, Elisabetstraße Nr. 6.

Zur bevorstehenden Frühjahrsbestellung empfehlen wir unser Lager von landwirtschaftlichen Sämereien und Dungmitteln aller Art und stehen mit

billigstem Preis-Courant gern zu Dienst.

Unsere ersten directen amerikanischen Zulieferer von **Prima hochfein Pferdezahn-Mais rein 66er Ernte** (Keimfähigkeit erprobt) sind bereits per Bavaria eingetroffen. Wir werden die bis jetzt eingegangenen Ordres prompt effectuieren und nehmen ferner Bestellungen gern entgegen. [1605]

Breslau, Oderstrasse 7.

**Paul Riemann & Comp.**

Heute Mittwoch empfiehlt  
frische Blut- und Leberwurst

nach Berliner Art:

**C. F. Dietrich, Hoflieferant, Schmiedebrücke 2.**

Carl Baschin's [1707]

**Norm. Leberthran,**

Irrkathell und reichsmedend, in frischer Qua-

lität wieder angekommen. [1707]

S. G. Schwarz, Ohlauerstr. Nr. 21.

Trocken und gemässertet. [1720]

**Stockfisch,**Sprotten, Speckstücke, Spic-Aa.,  
Neunaugen, Sarvenen, Anchovis,  
marinierte und Rauchheringe, schöne  
milde**Geftheringe,**

leichtere à Süd 1½-1½-2 Sgr., ½ Tonne

1½ Thlr., auch Schotten, Berger, Küffen-  
und Hosenheringe en gros & en détail bei**G. Donner**, Stockgasse 29.

in Breslau.

Heringe, Sardellen, Seefisch u. Delicatesseñhdg

Eine Französin, mit guten Zeugnissen ver-

sehen und noch in Stellung, sucht Oster-

oder Johann ein anderes Engagement. Nä-

here Auskunft ertheilt Frau Diaconus Aßmann

in Löwen. [380]

14,000 Thlr. Hypotheken,

in Documenten von 5000 Thlr. und fünf Mal

1857 Thlr. auf ein Rittergut in Schlesien und

im ersten Drittel des Gutswertes stehend,

können sofort erbt werden.

Anfragen erbeten unter O. K. Nr. 19 in

der Expedition der Bresl. Zeitung. [1460]

1000 Thlr.

werden auf ein Jahr gegen Sicherstellung

und hohe Zinsen sofort gefügt. Um-

gehende Öfferten unter Chiffre A. W. 20

in die Expedition der Bresl. Zeitg.

5 Pferde

stehen in der Vereins-Droschkenanstalt Neue

Oderstraße Nr. 10 zum Verkauf. [1493]

Gesucht

werden bald ein Paar fromme, flotte, elegante

Wagenpferde im Alter von 5-7 Jahren und

ungefähr 5' Größe (Hengste u. Schenken ausge-

nommen), und gefällig Öfferten mit genauer An-

gabe des Preises u. s. w. franco an den lgl.

Kreis-Thierarzt Arndt in Volkenhain erbeten.

[1458]

1000 Sac

Kartoffeln

wünscht ein Rittergutsbesitzer nach Breslau

oder an eine Fabrik, welche nahe an der Bahn

liegt, zu verkaufen. Näheres bei Eugen

Wendiner, Breslau, Lauenzenplatz Nr. 8.

Eine gebrauchte, aber noch gut gangbare

Locomobile von nicht unter 14 Pferde-

kraft, sucht zum sofortigen Ankauf der Fr.

Inspector Müller in Kleinburg. [1469]

Kelydon, neues Fleidwasser.

Das neueste, beste und billigste Fleidreini-

gungsmitel, verfüllt sofort alle möglichen

Fleide aus allen Stoffen und hat angenehmen

überdurch aromatischen Geruch. Die Flasche

2½, 4, 7½ und 12½ Sgr. [1705]

S. G. Schwarz, Ohlauerstraße Nr. 21.

orden, Ordens-Bänder,

Ordens-Decorationen

in allen Formen empfohlen [1477]

die Militär-Escorte-Manufactur

Alexander Freund,

Nr. 45, Ring, 1. Etage.

Ball-Orden,

Ball-Bouquets und Cottillon-Klei-

nigkeiten empfehlen [1699]

Hübner &amp; Sohn, Ring 35.

Wiener Herren-Stiefeln

von Juchten- und Kalbleder mit Doppelsohlen

a Paar 3½ Thlr. empfohlen [1710]

B. A. Schieß, Ohlauerstraße 87.

Cigarren-Rauhern

empfiehlt als etwas besonders gut abgelagertes:

Nr. 2 à 4 Pf.,

Nr. 9 à 5 Pf.,

Nr. 13 à 6 Pf.,

H. Upmann 9 Pf., Hyguera 1 Sgr., Caban-

nas y Carabajal 1½ Sgr.

Ein unverheiratheter Diener, mit guten

Zeugnissen verfehlt, sucht ein Unterkommen.

Gefällige Öfferten unter A. Nr. 21

findet in der Expedition der Breslauer Zeitung

niederzulegen. [1465]

Zünd-Requisiten

von A. M. Pollack in Wien,

Reibholzer, Wachslichtchen,

Cigarrenzünder

in bekannter bester Qualität offerirt:

S. G. Schwarz, Ohlauerstr. Nr. 21.

Außer Banden und anderen feinen Füßen

empfiehlt: [1491]

lebende Hechte

E. Huhndorf, Weidenstraße

Nr. 29.

Verkaufsplatz: Vormittags am Neumarkt.

Alle Tage frische triebkräftige [1478]

Dampf-Kasse,

das Pfund zu 10-15 Sgr.

Ungefehr. Kasse, d. Pf. 8-12 Sgr.

Getreide-Kasse, das Pf. 2½ Sgr.

Prima brab. Sardellen, das Pf. 6 Sgr.

Schweizer Käse, das Pf. 8 Sgr.

Prima ung. Schweinefett, das Pf. 7½ Sgr.

Stearin-, Paraffin- u. Naturrel.-Kerzen,

das Pf. 5, 5½, 6, 7 u. 7½ Sgr.

Wiener Apollo-Kerzen, das Wiener Pfund

1½ Sgr.,

best rassiniertes Rüböl, das Pf. 4 Sgr.,

sowie bestes nur echt pennsylvanisches

Petroleum

in bekannter guter Qualität, das Ort. 5½ Sgr.,

Talg-Kerze, das Pf. 4 Sgr.

A. Gonschior, Weidenstraße

11.

Neue Gasse 13a ist der erste Stock, eine

herrliche Wohnung von 9 großen

Zimmer von Ostern ab zu vermieten. Nähe-

res im 1. Stock oder beim Haushälter. [1700]

Avis!

Da mir auch in diesem Jahre eine Menge

Herren die Ehre erwiesen haben, sich wegen

Anlaufs von Gütern an mich zu wenden, so

ersuche ich diejenigen Herren, welche zu ver-

kaufen beabsichtigen, mir recht genaue An-

schläge ihrer Güter zu übersenden, sowie die

Gefahr ertheilen zu wollen, mir diese be-

sichtigten zu dürfen, da ich nur solche anbiete.

Diejenigen, welche zu kaufen die Absicht ha-

ben, erhalten durch mich nur wahrheitsgetreue

Angaben. [387]

Das Commissions-, Agentur- und In-

caso-Geschäft von [1691]

Rudolf Bauer in Leobschütz

empfiehlt sich zu geneigten Aufträgen.

GUANO - DEPOT

der

PERUANISCHEN REGIERUNG

in Stettin.

Ich zeige hierdurch an, dass die Guano-Preise gegenwärtig sind wie folgt:

Pr. Thlr. 84½. — pr. 2000 Pf. Brutto-Zoll-Gewicht oder 20 Centner, bei Abnahme

von 60,000 Pf. und darüber.

Pr. Thlr. 91½. — pr. 2000 Pf. Brutto-Zoll-Gewicht oder 20 Centner, bei Abnahme

von 2000 Pf. bis 60,000 Pf.

in Säcken, zahlbar per comptant, ohne Vergütung von Thara, Gutgewicht, Abschlag

oder Decort. Stettin, Februar 1867.

Ad. Paulsen,

Im Auftrage der Herren J. D. Mutzenbecher Söhne in Hamburg.

Im Comptoir der Buchdruckerei

Herrenstraße Nr. 20

sind vorrätig:

Eisendahn- und Fuhrmannsrechnungen,

Defferr. Roll- und Post-Declarationen,

Proc. Rollnachten,

Miethschriftungsbücher,

Tauf-, Trau- und Begräbnissbücher.

Schiedsmanns-Protocollbücher, Vorla-

dungen und Atteste,

In der Stadt Koszyn in der Provinz Posen ist

eine Bierbrauerei mit Wohnhaus und

Garten sofort zu vermieten. [1494]

Näheres bei dem Eigentümer

3. Puszlaré

in Iwino bei Koszyn.

Neue Taschenstraße 29 zu vermieten:

eine Wohnung im 1. Stock von 3 Zimmern,

Cabinet, Küche. Näheres beim Wirth. [1479]

Reuschstraße Nr. 1, erste Etage, ist eine

Wohnung, zum Comptoir sich eignend,

halb oder auch pro 1. April d. J. zu ver-

mieten. Näheres Früh von 8 bis 10 Uhr bei

Theodor Schneider.

Alte Taschenstraße 6, Osten zu beziehen

die halbe 3. Etage. Nah. b. Haushälter das.

Rensche-Straße 55,

Pfane-Ecke, 2 Wohnungen à 150 Thlr.

und 170 Thlr. zu vermieten. [1447]

Ein Geschäfts-Locall,

bestehend aus großem Laden, Comtoirtube,

Gemüse und Keller, in belebter Geschäfts-

egend, zu einem Spegerei-Geschäft am besten

sich eignend, ist von jetzt ab zu vermieten und

zum 1. April d. J. zu beziehen.